

Walter Hande

Hermann Schulze (1897 – 1967)

Vom sozialdemokratischen Rebellen zum
Kommunisten und rebellischen Sozialisten

Ein Bericht nach Dokumenten

Walter Hande

Hermann Schulze (1897 – 1967)

Vom sozialdemokratischen Rebellen zum Kommunisten und
rebellischen Sozialisten

Ein Bericht nach Dokumenten

Gera, 2013

Mit freundlicher Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen im
Eigenverlag erschienen

Inhalt

Prolog	5
Elternhaus und Jugend	5
Revolutionszeit – politische Lehrjahre	11
Der „Diktator“ Schulze – Hoffnungen und Enttäuschungen	15
Reichswehrdiktatur und Stabilisierung	20
Im Stadtrat	31
Weichenstellung	35
Im Widerstreit	38
Widerstand	45
Neubeginn	50
Epilog	60
Abkürzungen	62
Danksagung	63
Anmerkungen	64

„Was die Besiegten wollten, lebt nach ihnen fort, in klügeren, aber auch in dümmen, in erfreulicheren wie in hässlicheren Formen.“

Dietmar Dath/Barbara Kirchner: Der Implex. Sozialer Fortschritt: Geschichte und Idee

Prolog

Am 12. Oktober 1959 ersuchte Hermann Schulze beim Rat der Stadt Gera, Dienststelle „Verfolgte des Naziregimes“ (VdN), schriftlich um Zuerkennung der „Medaille für Widerstand in den Jahren 1921–1923“ sowie der „Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus“.

In dem Brief heißt es: „Ich werde immer wieder von vielen alten Genossen befragt, weshalb ich nicht mit den beiden Medaillen bedacht worden bin. Bisher war ich der Meinung, dass nur Mitglieder der Partei diese Auszeichnung bekommen. Ich erfuhr aber bei den Gesprächen, dass das nicht so ist. Ich ersuche deshalb, mir die beiden Auszeichnungen zuzusprechen. (...) Ich habe lange Zeit Diskriminierungen und Beleidigungen ertragen müssen. Ich denke die Zeit ist vorbei und durch mein Verhalten in den letzten Jahren das Ersuchen gerechtfertigt. (...) Wenn ich aus der Partei ausgeschlossen wurde, war das nicht mein alleiniges Verschulden. In den mir vorgeworfenen Beschuldigungen des damaligen Sekretärs Schwager, der kurze Zeit später von seiner Funktion abgelöst werden musste, wurde ich nicht angehört. Auch zu meinem erhobenen Einspruch wurde ich nicht gehört.“¹

In den lückenhaften Archivunterlagen finden sich nur kurze Notizen zum Anliegen von Hermann Schulze wie „(...) wird zurückgestellt – Angaben unwahr.“ (2. März 1966) oder „Medaille abgelehnt – keine Beweise für organisierte illegale Arbeit.“ (6. Juli 1967)

Was verbirgt sich hinter dem Antrag und den langjährigen Ablehnungen?

Wer war Hermann Schulze?

Elternhaus und Jugend

„Vater und Mutter waren alte Sozialdemokraten.“²

Am 4. April 1897 wurde Hermann Schulze in Untermhaus bei Gera als ältester Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Beide Elternteile, der Vater, Hermann Schulze sen., und die Mutter Maria arbeiteten beide als Weber. Auf Hermann folgten mit Eugen und Richard als jüngstem zwei weitere

Söhne. Welche Verhältnisse erwarteten die Heranwachsenden und beeinflussten ihr Leben?

Gera, seit etwa 1860 Industrie- und Arbeiterstadt und mit Untermhaus im Fürstentum Reuß jüngere Linie vereint, war ein Zentrum der Textilindustrie. Hatte die Stadt 1864 gerade einmal ca. 15.000 Einwohner, so waren es 1895 bereits 43.000. In den Betrieben wurde in der Regel 12 Stunden täglich für einen Tageslohn von etwa 2,40 Mark gearbeitet. Frauen erhielten etwa 1,50 Mark, Jugendliche ca. 1,10 Mark, jugendliche Frauen 0,95 Mark. Der Anteil der Frauenarbeit in den Webereien betrug ca. 54 %. In den Jahren 1902 bis 1908 konnten die Arbeiter den 10-Stunden-Tag erkämpfen.³

Die Turbulenzen von Aufschwung und Krisen wurden von Streiks und Aussperrungen begleitet. Wie in Sachsen streikten 1890 auch in Gera und den umliegenden Orten die Textilarbeiter. Die Gesamtzahl der Streikenden betrug 16.000. Als die Mittel der Streikkasse erschöpft waren, musste der Streik in Gera abgebrochen werden. Beachtenswert war die Haltung der Weberinnen, die den Streik weiter führen wollten. Die Statistik weist von 1896 bis 1914 für Gera lediglich ein Jahr (1902) ohne Streik aus.⁴

Der Organisationsgrad der Produktion stimulierte den Willen der Arbeiter, sich zu organisieren. Im Kampf ums Überleben konnte Machtlosigkeit mit Solidarität überwunden werden. So wurden 1897 der „Konsumverein Debschwitz“ und 1899 der „Konsumverein Vorwärts“ gegründet. Beide Vereine schlossen sich 1903 zusammen und hatten 1908 über 4.000 Mitglieder. Mieterverein, Arbeitersportverein (der erste Arbeiterturnerbund für Deutschland wurde 1893 in Gera gegründet), Arbeiter-sängerbund und andere Vereine bildeten ein Netz der Solidarität für einen Großteil der Arbeiter. Hier entstand ein sozialistisches Arbeitermilieu, das seinen Höhepunkt in der Weimarer Zeit erreichte und mit dem Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg sein Ende fand.

Der junge Hermann Schulze wurde aber auch von den politischen Visionen der Sozialdemokratie geprägt. Es war die Zeit des ständigen Wachstums dieser Partei. 1912 stellte die SPD die stärkste Fraktion im Reichstag. 1913 gab es ca. 6.000 SPD-Mitglieder in Gera, davon 1.030 Frauen. Zeitweise hatte die SPD die Mehrheit im Gemeinderat. Das ermöglichte z.B. die Beschlüsse über den Bau des Waldkrankenhauses und Schulneubauten in Debschwitz, Zwätzen und Pforten.⁵

In Schulzes Lebenslauf heißt es zu diesem Lebensabschnitt: „Der Vater und die Mutter waren alte Sozialdemokraten. Mitbegründer der „Freien

Turnerschaft Untermhaus“, Mitbegründer der Konsumgenossenschaft und der Vater langjähriger Gewerkschaftsfunktionär. Der Vater war 1919 Mitbegründer der Ortsgruppe der KPD Gera und des Roten Frontkämpferbundes. In beiden Organisationen Funktionär.“⁶

Noch im Jahre 2011 erinnerte sich die Tochter von Hermann Schulze mit Stolz an ihre Großmutter. Der Einkauf im Konsum (Mitgliedsnummer 10) war bei den Großeltern eine prinzipielle politische Frage. Nach der Familienüberlieferung trug die Großmutter wegen ihrer konsequenten Haltung später den Beinamen „Rosa Luxemburg“.

1910 wurde Hermann Schulze Mitglied der Kindergruppe der „Freien Turnerschaft Untermhaus“, die der Vater mit ins Leben gerufen hatte. 1911 trat er in die „Sozialistische Arbeiterjugend“ ein, wo er Gruppenleiter wurde. Nach Abschluss der Lehre als Schlosser wechselte der Jung-Geselle zum „RAW“ (Reichsbahnausbesserungswerk) nach Jena. Mit Ausbruch des Weltkrieges begann für Schulze ein wechselvoller, Mut und Opferbereitschaft fordernder Lebensabschnitt, in dem er eine wachsende politische Grundüberzeugung entwickelte. In Jena erlebte der junge Mann die erste harte persönliche Auseinandersetzung: „... dort in Jena wurde ich entlassen, weil ich den 1. Mai feierte ...“⁷ Der Wechsel zum Betrieb „Carl Zeiss Jena“ brachte nicht nur ein neues Arbeitsfeld, sondern auch neue Verbindungen und neue Erkenntnisse durch „ältere Genossen, die zur Kriegspolitik der SPD in Opposition standen.“⁸

Der Kurswechsel der SPD in der Kriegsfrage lähmte zwar die Opposition, konnte aber auf Dauer keinen Bestand haben. Das „Nein“ Karl Liebkechts im Reichstag zu den Kriegskrediten stärkte die Antikriegskräfte. Misserfolge und Opfer an der Front und die Verschlechterung der Lebenslage durch Hunger und Entbehrungen veränderten die Haltung zum Krieg in der Bevölkerung. Bereits am 10. Juli 1915 forderte der Ortsverein der SPD Gera-Lusan den Reichstagsabgeordneten Emanuel Wurm auf, für einen baldigen Frieden einzutreten.⁹ Bei der erneuten Abstimmung am 21. Dezember 1915 im Reichstag votierten nicht nur Karl Liebkecht und Otto Rühle gegen die Kriegskredite, sondern weitere 17 Abgeordnete, unter ihnen Emanuel Wurm, Wahlkreis Reuß j.L.



Veranstaltung des Arbeiter-Turnvereins Pöppeln 1914 gegenüber dem Dahliengarten. Handschriftlich ist auf der Fotografie vermerkt: „... neben mir Hansens Erich, Gießner Fritz (er war später mal Bürgermeister in Gera), Alfr. Pampel, Ronneburgerstr. 23. Schulzens Hermann trägt die Fahne.“

Quelle: Stadtmuseum Gera, 7 2004/101350

Die Not forderte Widerstand heraus. Am 6. April 1916 kam es zu spontanen Aktionen in Gera, die vor allem von Frauen und Jugendlichen getragen wurden. Hunderte Arbeiterfrauen sammelten sich zunächst in der Innenstadt und zogen zum Schloss Osterstein. Ihre Forderungen an den Fürsten waren eindeutig: Brot, Kartoffeln, Butter – und die Rückkehr der Männer aus dem Krieg.

Die SPD in Gera trat hier weder als Organisator noch als Inspirator auf. Bereits im Februar 1916 musste sich der Vorstand der Partei der Vorwürfe der unzufriedenen Jugendgruppen erwehren. Als aktive oppositionelle Kriegsgegner nennen die Quellen die jugendlichen Mitglieder der SAJ Georg Hauschild, Karl Grimm, Paul Hohmann und Hermann Schulze.¹⁰ Vermutlich durch die Verbindungen, die Hermann Schulze in Jena geknüpft hatte, erfuhr dieser Kreis von einer geplanten Konferenz der Opposition in Jena. Die in die Geschichte als „Osterkonferenz“ vom 23.-24. April 1916 eingegangene Zusammenkunft der oppositionellen Jugend bekam durch das Auftreten von Karl Liebknecht und Otto Rühle besondere Bedeutung. Liebknecht beschrieb klare Ziele und Wege der Opposition, die bei den Teilnehmern Begeisterung hervorriefen. Die Konferenz forderte die organisatorische Abgrenzung und Eigenständig-

keit der linken Jugend und direkte Beteiligung an Anti-Kriegs-Aktionen, wie sie zum 1. Mai in Berlin und anderen Orten geplant waren.

Unter den Bedingungen der Militärdiktatur war die Teilnahme an der Konferenz ein hohes Risiko. Entsprechend konspirativ hatten die Organisatoren in Jena und Weimar die Konferenz vorbereitet und durchgeführt. Ca. 62 Teilnehmer aus 18 Orten Deutschlands versammelten sich in Jena, unter ihnen Hermann Schulze, Martha Demmrich (seine spätere Ehefrau), Hedwig Fuchs, Georg und Robert Hauschild.¹¹



Eine Teilnehmergruppe der Jenaer Osterkonferenz

Stehend (v.l.n.r.): Johann Gräfe (Bremen), Walter Leppert (Weimar), Rosi Wolfstein (Duisburg), Karl Wiechert (Berlin-Neukölln), Martha Hellmuth (Jena), Wilhelm Rodominsky (Berlin), [hinter Rodominsky:] Gustav Naumann (Mühlberg, Elbe), Hedwig Fuchs (Gera), Kurt Lehmann (Jena), Martha Demmrich (Gera), Arthur Rehberg (Hamburg), Hermann Schulze (Gera), Hans Hackmack (Hamburg), Kurt Jansen (Elberfeld), Otto Dattan (Elberfeld).

Sitzend (v.l.n.r.): Willi Eildermann (Bremen), Erich Lewinsohn (Dresden), Hermann Fiedler (Dresden), Robert Hauschild (Gera).

Quelle: Karl Dietz Verlag Berlin

Die Teilnehmer aus Gera wurden zum unverzüglichen Handeln angeregt, zweifellos auch durch die erlebte Kampfbereitschaft der Delegierten aus anderen Städten wie Berlin, Frankfurt und Stuttgart. Ca. 20 junge Oppositionelle fanden sich sofort nach Ostern in Gera zusammen und besprachen die Berichte von Georg Hauschild, Hermann Schulze und

anderen Teilnehmern. Das mündete in dem gemeinsamen Entschluss für eine Aktion zum 1. Mai. Es standen lediglich vier oder fünf Tage zur Vorbereitung zur Verfügung. Vier Gruppen verteilten Klebezettel und Flugblätter in Gera, Ronneburg, Schmölln, Münchenbernsdorf und Weida. Zu ihnen gehörten Hedwig Fuchs, Fritz Gäbler, Hans Goldammer, Ernst Grimm, Georg Hauschild, Max Keppel, Albert Wetzel, die sich auch in den Jahren danach, soweit sie den Krieg überlebten, im linken Flügel der Arbeiterbewegung wiederfanden. Zu seiner eigenen Rolle schreibt Hermann Schulze 1959: „Ich war 1916, im Anschluß meiner Teilnahme an der Karl Liebknechtkonferenz in Jena, verantwortlicher Leiter der Antikriegsaktion in Gera.“¹²

Im Gefolge der Osterkonferenz entstand eine feste Verbindung nach Berlin. Otto Rühle sprach im Sommer 1916 vor den linken Jugendlichen in Gera. Karl Matthes erhielt die Spartakusbriefe und verbreitete sie in Gera. Über das Jahr 1916 berichtete Max Keppel später: „Mitte September 1916, an einem Sonntag wurde der Antikriegstag in Gera durchgeführt. Mit Jugendfreunden aus den umliegenden Orten trafen wir uns im Martinsgrund. Wir begaben uns von da aus truppenweise in das Stadtzentrum und schlossen uns dort plötzlich zu einem Demonstrationzug zusammen, und ca. 150 Jugendfreunde marschierten vom Markt nach Zwötzen in Hartmanns Lokal, wo wir den Nachmittag verbrachten. Ein Erfurter Genosse gab Bericht von der Arbeit und den Aufgaben des Spartakusbundes, auch über die Beschlüsse der Zimmerwalder Konferenz wurde gesprochen. Die Polizei erschien erst in den späten Nachmittagsstunden, schnüffelte etwas herum, wusste aber nicht, was sie anfangen sollte, und verschwand wieder. Für uns war es ein gelungener Tag.“¹³

Für die antimilitaristische Arbeit im Sinne Karl Liebknechts wurden in Gera in besonderem Maße die Jugendgenossen Georg Hauschild, Paul Hohmann sowie Max Keppel, Hermann Schulze, Hedwig Fuchs und Robert Hauschild aktiv.¹⁴ Die Folgen ihrer Aktionen beschreibt Hermann Schulze in seinem Lebenslauf: „1916 gründete ich mit anderen Jugendfreunden die oppositionelle Jugendgruppe in Gera. Wegen der darauf folgenden Plakat- und Flugblattaktion und öffentlichen Reden zu Jugendversammlungen wurde ich verhaftet. Vom Reichsgericht wegen Landesverrat angeklagt und monatelang in Untersuchungshaft gehalten. Vom Gefängnis weg wurde ich zum Militär beordert und nach kurzer Zeit in ein Rekrutendepot nach Frankreich transportiert.“¹⁵ Neben Her-

mann Schulze wurde Ernst Grimm verhaftet. Georg Hauschild, ein weiterer Teilnehmer der Osterkonferenz, fiel noch 1916 an der Front.

Die Repressionen konnten die weitere Entwicklung nicht aufhalten. Am 17. Juni 1917 schloss sich die Sozialdemokratie im Wahlkreis Reuß j.L. der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit großer Mehrheit an, und am 31. Juli 1917 kam es zu einer Hungerrevolte in Gera. Frauen stürmten Brotläden, Gasarbeiter streikten. Am 2. August 1917 wurde der Belagerungszustand verhängt. 123 Männer und Frauen stellte man vor Gericht. Am 31. August wurde Hedwig Fuchs verhaftet. Sie fungierte als Adresse für die Übersendung von Flugblättern der Spartakusgruppe und übernahm deren Verteilung. Am 12. September wurde sie wegen Landesverrat zu einem Jahr Festungshaft verurteilt.

Revolutionszeit – politische Lehrjahre

„Damals war ich noch zu dumm ...“

Im November 1918 befand sich Hermann Schulze in Hamburg und beteiligte sich nach einer Versammlung mit Wilhelm Dittmann (USPD) am Aufstand der Matrosen. Der genaue Zeitpunkt der Rückkehr nach Gera ist unbekannt.

Die politische Linie in Gera gab nun die USPD vor.¹⁶ Nach Gotha, Mühlhausen und Langensalza am 7. November sowie Erfurt, Jena und Weimar am 8. November hatte auch im Reußland die revolutionäre Massenbewegung die Fürstenherrschaft beseitigt. Arbeiter und Soldaten verbrüdereten sich. Unter Führung von Wilhelm Leven, Emil Vetterlein und Hermann Drechsler kam es am 9. und 10. November zu einer Massenversammlung in der Ostvorstädtischen Turnhalle. Der Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) bildete einen Vollzugsausschuss, der fest in der Hand der USPD war.¹⁷ Schnell wurde klar, wo die Grenzen revolutionären Handelns gesehen wurden.

Trotz des Protestes von RA Oberländer (Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates Reuß ä.L.) trugen die Erlasse des ASR die Bezeichnung „Notgesetze“. Für Oberländer hatte der ASR alle Rechte der Gesetzgebung, weshalb er keine Notwendigkeit für eine Genehmigung durch ei-

nen späteren Landtag sah. Der bestehende Landtag wurde nicht aufgelöst.

Übereinstimmend wurde der ASR als zeitweilig existierendes Organ angesehen. In diesem Sinne stimmte der Vertreter des ASR Reuß in Berlin am 24. November 1918 für die Durchführung von Wahlen für die Nationalversammlung und gegen das Fortbestehen der Räte.

Dieser politischen Linie wollten die Spartakusanhänger in Gera nicht folgen, umso mehr, als die konterrevolutionären Kräfte sich sammelten und dafür sorgten, dass am 23. November die entlassenen Offiziere wieder eingestellt wurden und in die Kaserne zurückkehrten.

Am 30. November orientierte der Verband der Thüringer Industrie darauf, Interessenvertreter in die ASR zu entsenden. In Gera entstand daraus ein Bürgerrat.

In dieser Situation suchen die Spartakisten in Gera nach Orientierung und Unterstützung. Hans Goldammer und Heinz Scheffel berichteten später: „Nachdem bekannt wurde, dass am Jahresende 1918 eine Reichskonferenz des Spartakusbundes stattfinden sollte, delegierten die oppositionellen Kräfte (...) den Genossen Hermann Schulze jun. zu dieser Konferenz. (...) Nach der Rückkehr des Genossen Schulze jun. (...) fanden sich am 19. Januar 1919 (...) sieben Genossen zusammen, um seinen Bericht entgegen zu nehmen, und zwar die Genossen Kurt Sebastian, Karl Matthes, Max Keppel, Hermann Schulze sen., Paul Hohmann und Fritz Gießner. Begeistert schildert er die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschland (Spartakusbund) und schlug vor, auch in Gera eine Ortsgruppe der KPD zu bilden. Die anwesenden Genossen begrüßten sowohl den Beschluss des Gründungsparteitages der KPD in Berlin als auch den Vorschlag des Genossen Hermann Schulze jun.“¹⁸

Im Lebenslauf beschränkt sich Hermann Schulze in Bezug auf die Fahrt nach Berlin auf den Satz: „Ich war Delegierter im Dezember 1918 zum Gründungsparteitag in Berlin.“¹⁹

Nicht zu belegen ist die Mitteilung der Tochter von Hermann Schulze, wonach auch Hermann Schulze sen. an diesem Ereignis teilgenommen haben soll. Das Protokoll des Parteitages listete namentlich nur Teilnehmer auf, die ein Mandat vorwiesen. Weitere Teilnehmer gehörten zu den Gästen, die summarisch erfasst wurden.

Die kleine Parteigruppe setzte sich sofort in Widerspruch zum ASR in Gera. Anlass war die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Mehrere hundert Demonstranten zogen vor das Gebäude des ASR, wo sie auf die aufmarschierte Wachkompanie des ASR trafen.

Karl Matthes und Hermann Schulze übergaben dem Vollzugsausschuss des ASR die Forderungen nach Bestrafung der Mörder, Entfernung und Entwaffnung der Offiziere in der Kaserne in Gera, Einsatz von Beiräten im Ernährungsamt, besserer Versorgung mit Lebensmitteln und Kohleversorgung, Durchsuchung aller Villen nach Lebensmitteln und Kohlen. Geschlossen wandte sich der ASR gegen die Aktion und lehnte die weitere Zusammenarbeit mit Karl Matthes ab.²⁰

Spätestens im März 1920 mussten die Anhänger der Arbeiterparteien erkennen, dass sie einen gemeinsamen Feind hatten. Die reaktionären Kräfte versuchten ständig, eine weitere Entfaltung der demokratischen Entwicklung zu verhindern. Die Auseinandersetzungen führten schließlich im März zum konterrevolutionären Putschversuch im Reich, an dem sich vor allem Freikorps, Zeitfreiwilligenverbände, Teile der Reichswehr und monarchistisch gesinnte Beamte beteiligten. Auch in Gera, also im Volksstaat Reuß, suchten diese Kräfte die Regierung des Volksstaates zu stürzen. Die massive Gegenwehr der Arbeiter verhinderte dieses Vorhaben. Gemeinsam mit der von der USPD geführten Regierung konnten die Putschisten besiegt werden.²¹ Den Putschisten war es nicht gelungen, die Mitglieder der reußischen Staatsregierung festzunehmen. Dazu schrieben später Goldammer und Scheffel: „Eines der bekanntesten Mitglieder der KPD war damals Hermann Schulze, jun. Das war der Anlass für die Putschisten mit Unterstützung der Zeitfreiwilligen, diesen Funktionär der KPD zu verhaften und in der Nacht vom 14. zum 15. März 1920 in die Kaserne zu verschleppen.“²²

Hermann Schulze wird nach der Erstürmung der Kaserne befreit und reiht sich bei den Verteidigern der Republik ein. Als Mitglied des Aktionsausschusses nimmt er, ebenso wie sein Bruder Eugen, auch an den Kämpfen um Zickra teil.²³ Diese enden in einer wohl einzigartigen Kapitulationsurkunde der Reichswehreinheiten.²⁴

Die Dramatik diese Tage wird auch im Lebenslauf von Hermann sichtbar: „Als das Gerücht auftauchte, die Naumburger Jäger wollten Gera besetzen, erhielt ich den Auftrag vom Aktionsausschuß und Minister Brandenstein, nach Naumburg zu fahren, dort Verbindung aufzunehmen und in der Kaserne zu verhandeln. Damals war ich noch zu dumm, um die Tragweite zu ermessen. Die Verhandlungen in der Kaserne scheiterten. Ich wurde verfolgt, entkam aber in stundenlanger Jagd über die Felder nach Camburg. Die Genossen brachten mich per Pferdegeschirr nach

Jena. Die Jäger bekamen Verstärkung von Weimar. 11 Naumburger Arbeiter, die mit mir waren, wurden aufgegriffen und von den Soldateska am gleichen Tag in Kösen in einem Keller erschossen.²⁵

Wie viele andere junge Arbeiter begriff auch Hermann Schulze, dass ohne politische Bildung die politischen Ziele nicht verwirklicht werden konnten. An der Wiege der Arbeiterbewegung Deutschlands standen die Arbeiterbildungsvereine. Das Bedürfnis nach Bildung und Wissensaneignung gehörte in der alten Sozialdemokratie zum Traditionsverständnis. Im Volksstaat Reuß setzte die USPD-Regierung mit Hilfe von Geldern aus dem beschlagnahmten Vermögen des Fürsten Reuß die Gründung der Heimvolkshochschule Tinz durch. Der Ruf der Schule ging weit über Thüringen hinaus. Junge Arbeiter aus vielen Teilen des Reiches bewarben sich bald nach der Gründung um einen Studienplatz.

Der SPD-Bezirk Thüringen gehörte auf dem Gebiet der sozialistischen Bildungsarbeit unbestritten zu den aktivsten. So nahmen z.B. über 12 % der 43.442 Parteimitglieder an einem mehrtägigen Bildungskurs teil. In Berlin wurden lediglich 1,9 % erreicht.²⁶

Aufschlussreich ist der erhalten gebliebene Fragebogen, den die Schule von den Bewerbern abforderte und den auch Hermann Schulze ausfüllte. Aus der Liste über gelesene Literatur führte er „Staat und Revolution“, „Zukunftsstaat“ und „Vaterland und Proletariat“ an, weiterhin Schriften von Marx und Engels, August Bebel, Franz Mehring sowie Romane wie: „Das Feuer“, „Der Untertan“, „Die Waffen nieder“. Bekannt waren ihm laut Fragebogen das Werk (oder Teile davon) von Rückert, Goethe, Heine, Schiller, Grillparzer, Ibsen, Storm, Kleist, Hans Sachs, Gorki, Tolstoi. Er merkte dazu an: „Ich versuche gern, die Lebensverhältnisse des ausländischen Proletariats und dessen innere Kämpfe, kennen zu lernen. Mit Eifer lese ich auch Hermann Löns. Am meisten interessieren mich aber diese Bücher welche (...) [zur] Befreiung des Proletariat (...) [bei]tragen“.

Als Interessengebiete benannte er Nationalökonomie, Gesellschaftslehre, Politik, Abstammungslehre, Philosophie, Geschichte, aber auch Geologie und Astronomie. („... beschäftige mich auch jetzt damit, soweit es die freie Zeit gestattet.“)

Die Aufnahmebedingungen der Schule(überparteilich, keine Parteipolitik in der Bildungseinrichtung) veranlassten Hermann zu erklären, dass er die Bedingungen anerkenne, „... aber was ich außerhalb der Stunden

mit Freunden spreche, glaube ich noch verwalten zu können (...) eine preußische Unteroffiziersschule soll es doch nicht werden.“²⁷

Dass es trotzdem zu Konflikten kam, zeigte der Bericht von Goldammer/Scheffel über diese Zeit: „... Auseinandersetzungen führten (...) zum Ausschluss von den acht kommunistischen Lehrgangsteilnehmern (20. Mai 1921), mit denen sich 13 weitere Schüler solidarisch erklärten und ebenfalls die Schule verließen.“²⁸

Der „Diktator“ Schulze – Hoffnungen und Enttäuschungen

„...war ich in vielen Versammlungen der Partei als Redner in Gera und Thüringen eingesetzt.“

Die Rebellion der Titzer Schüler ist ohne die Ereignisse in Stadt und Land nicht vollends zu verstehen. Die Lasten des verlorenen Krieges wurden auf das Volk abgewälzt. Inflation und Arbeitslosigkeit bedrohten die Existenzen. Die allgemeine Verschlechterung der Lebenslage traf sowohl die Arbeiter als auch die Mittelschichten.

Am 4. Januar 1921 revoltierten in Gera die Arbeitslosen. Eine Arbeitslosenunterstützung gab es noch nicht. Kurt Hetzer, Max Keppel, Hermann Schulze und Hans Sieber bildeten einen Arbeitslosenrat, und im Bezirksrat wurde über Unterstützungen beraten. Als Schulze das ungenügende Beratungsergebnis bekanntgab, drangen die Protestierenden in den Beratungssaal ein. Die deutlich sichtbare Not und der starke Protest bewirkten Verbesserungen.²⁹

Die Spannungen erreichten im März 1921 einen neuen Höhepunkt. Auslöser war das Eindringen der Polizei in die Betriebe Mitteldeutschlands. Die Empörung erreichte auch Gera. Das Drängen eines Teiles der Arbeiter, auf diese Provokation mit Generalstreik zu antworten, fand weder die Unterstützung der Gewerkschaften noch der USPD.

Die Betriebsrätevollversammlung der Geraer Betriebe am 28. März endete mit einem Kompromiss. Der Zentralrat der Betriebsräte wurde durch je zwei Vertreter der Arbeiterparteien KAPD, SPD, USPD und VKPD ergänzt, unter ihnen war auch Hermann Schulze.³⁰

Das Handeln der KPD schlug sich in den im März 1921 fälligen Ergänzungswahlen zum Stadtrat nieder. Zu dem bisher einzigen Vertreter der KPD, Karl Matthes, gesellten sich nun Walter Gerber, Ortsgruppenleiter,

und Hermann Schulze. Gleichwohl – die KPD blieb in Gera gegenüber der mächtigen USPD in einer Minderheitsposition.

Die Kämpfe der Kommunisten an der Basis wurden in der Führung der Partei von Auseinandersetzungen über die richtige Strategie und Taktik begleitet und beeinflusst. Gegen die Theoretiker der Offensive wandte sich Paul Levi mit der Schrift „Unser Weg“. Wie Clara Zetkin und andere meinte er, dass diese Politik das Kräfteverhältnis falsch einschätzte und in den Märzkämpfen einer gezielten Provokation in die Falle ging. Der 7. Parteitag der KPD in Jena im August 1921, an dem Walter Gerber und Hermann Schulze als Delegierte aus Gera teilnahmen, musste sich mit diesen Fragen befassen. Auch unter dem Einfluss der Komintern sowie von Ernst Meyer und Hugo Eberlein wandte sich die Partei einem realistischen Kurs zu. Trotzdem war das Resultat durch den Ausschluss Paul Levis, das weitere Bestehen ultralinken Positionen und die Stärkung des Kominterneinflusses widersprüchlich.³¹

Hermann Schulzes Position dazu wurde in einer Rede vom 2. September 1921 auf dem Roßplatz deutlich. ADGB, KPD, SPD und USPD hatten anlässlich der Ermordung des Zentrumspolitikers Erzberger durch die faschistische Vorläuferorganisation „Consul“ zu einem Protestmarsch unter der Losung: „Gegen den politischen Meuchelmord, gegen die Reaktion, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Volksausplünderung!“ aufgerufen. Neben Heinrich Knauf (USPD) trat Hermann Schulze als Redner vor den ca. 10.000 Teilnehmern auf. „Dieser [Hermann Schulze] betonte vor allem die berechtigte Forderung des Jenaer Parteitages zur Auflösung der Kampforganisationen der Bourgeoisie und begrüßte besonders das einheitliche Handeln der Geraer Arbeiterschaft, wie es auf dieser Kundgebung zum Ausdruck kam. Er rief dazu auf, auch weiterhin durch einheitliches Auftreten den berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse Nachdruck zu verleihen.“³²

Wie notwendig der gemeinsame Widerstand der Arbeiterparteien wurde, zeigte sich ein Jahr später. Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau, Unterzeichner des Rapallo-Vertrages und Außenminister der Regierung Wirth, von der terroristischen Organisation „Consul“ ermordet. 27 Millionen Arbeiter im Reich traten in einen allgemeinen halbtägigen Proteststreik. Dem Protest schlossen sich die demokratisch gesinnten Teile der Mittelschichten und des Bürgertum an. Gewerkschaften und

die Arbeiterparteien verlangten gemeinsam die Verteidigung der Republik.³³

In Gera fanden sich wiederum KPD, USPD und SPD zum gemeinsamen Handeln zusammen. Hermann Schulze stimmte im Stadtrat gemeinsam mit den Vertretern dieser Parteien für die Umbenennung des Hindenburgplatzes in Rathenauplatz.

Solche gemeinsamen Aktionen konnten jedoch grundsätzliche Differenzen zwischen den Parteien nicht beseitigen. Bereits 1920 war der links orientierte Teil der USPD mit Ernst Thälmann zur KPD übergetreten, die damit zu einer Partei mit Massenanhang wurde. Der Einfluss der KPD wuchs, in den Massenorganisationen wie der Gewerkschaft behauptete sie wichtige Positionen. Dabei wuchsen in ihr aber auch die radikalen Potenzen.

Die KPD in Gera profitierte in quantitativer Hinsicht nicht von der Abspaltung. Die linken Positionen der USPD in Gera boten dazu geringen Raum, führten jedoch 1922 die gesamte Partei in eine Entscheidungssituation. Am 24. September 1922 wurde auf einem Parteitag der Zusammenschluss zwischen der SPD und dem Rest der USPD vollzogen. Der Knackpunkt für die Linksozialisten blieb die Unterordnung unter Moskau. Die 21 Aufnahmebedingungen der Komintern konnte man nicht akzeptieren.

Nachdem in Thüringen 1922 wichtige Reformen wie z.B. Schul- und Verwaltungsreform von der USPD durchgesetzt wurden, begann eine Wirtschaftskrise. Im Frühjahr 1923 besetzte Frankreich das Ruhrgebiet. In Italien siegte der Faschismus – in Ungarn breitete er sich aus. Mit einer chauvinistischen Welle vermochten die Rechtskonservativen demokratische Entwicklungen im Reich zu blockieren. In Bayern wuchs die faschistische Bewegung, was in Thüringen und Sachsen als Bedrohung eingeschätzt werden musste.³⁴

Steigende Preise, Inflation, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Hunger betrafen Tausende. Zeitweise mussten im Arbeitsamt Gera täglich 1.900 Arbeitslose abgefertigt werden.³⁵ Bei den damit verbundenen Unruhen und Demonstrationen kam es zu vielfachen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Der Arbeitslosenrat zeigte sich nicht in der Lage, die Empörung in Schranken zu halten. Hermann Drechsler (USPD), damals Kreisdirektor, geriet darüber in Streit mit dem für die Stadtpolizei zuständigen bürgerlichen Beigeordneten Dr. Trautner. Drechsler beklagte den Einfluss von Syndikalisten und Unorganisierten im Arbeitslosenrat.

Die Gewerkschaften seien zurückgedrängt, dauernd gebe es Versuche, „... die Arbeitslosen zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. Mehrmals wurde für Plünderungen auf dem Lande Stimmung gemacht, und es war den besonnenen Elementen unter den Erwerbslosen, zu denen auch die Kommunisten zählten, schwer, diesen Plänen entgegen zu arbeiten.“³⁶ In dieses Bild passt die Information über das Mitglied des Arbeiterrates Wardetzki, der anlässlich einer Demonstration der Erwerbslosen „... eine Brandrede [hielt], für die ihm ein seither verschwundener, jetzt steckbrieflich verfolgter Mann (...) 10.000,- Mark zahlte.“³⁷

Die Unruhen spiegelten sich auch im Stadtrat wider. Die bürgerliche „Geraer Zeitung“ vom 26. April 1923 berichtete dazu mit der Überschrift „Unter der Diktatur Schulze“:

„... So kam es zu einer vierstündigen Dauersitzung, die infolge der durch die letzten Vorkommnisse in Gera geschaffenen Reibungsflächen zwischen rechts und links teilweise recht stürmische Szenen im Gefolge hatte. Freilich hatte schon zu Anfang der Sitzung ein Blick auf die überfüllten Zuschauerräume derartiges vermuten lassen. Herr Hermann Schulze hatte, wie zur Ruhrversammlung in der ‚Tonhalle‘ seine Scharen diesmal in den Stadtratssaal entboten, so daß man sich, zumal die Tribünenbesucher es durchaus nicht beim Zuhören bewenden ließen, sondern mehrmals empfindlich die Verhandlungen störten, eher in einer ‚Volksversammlung‘, wie Dr. Wick treffend ausführte, versetzt glaubte, denn in die Sitzung einer städtischen Körperschaft. (...)

Wir stehen unter einer Diktatur Schulze‘, so kennzeichnete in einem Aufruf das Stadtratsmitglied Linke mit bitterer Wahrheit die Situation. Leider Gottes war es tatsächlich so. Der jugendlichen Kommunistenhäuptling beherrschte die Sitzung fast vollständig; er durfte sich die unerhörtesten Redewendungen leisten, durfte dauernd durch Zwischenrufe die Redner angreifen, durfte die störenden Zuhörermengen in Schutz nehmen, er durfte weiter dem Polizeidezernenten gegenüber die empörende Drohung aussprechen, er werde ihm, falls er nicht aus seinem Amt entfernt werde und seine Amtsführung nicht den kommunistischen Wünschen anpasse, ‚einmal seine Truppen auf den Pelz setzen!‘ Die einzige Strafe, die Schulze für sein ungebührliches, jeden Anstandes baren Verhaltens erhielt, war ein Ordnungsruf, den der Getroffene aber nur als Gelegenheit benutzte, dem Vorsitzenden Nündel, der mit dem übrigen Buero eingangs der Sitzung wiedergewählt worden war, einige in seiner Art „liebenswürdige“ Bemerkungen angedeihen zu lassen. – Mehr

und mehr spielt sich Schulze als der Diktator Geras auf, das zeigten in letzter Zeit die Erwerbslosenunruhen, die Tonhallenversammlung und gestern wieder die Stadtratstagung. Es tritt nun wirklich ernstlich an alle andersdenkenden Kreise – dazu müssen sich in dieser Beziehung doch zweifellos auch die Sozialistischen rechnen, wenn sie nicht mit gleicher Münze wie Schulze gemessen werden wollen – die Frage heran, ob man sich eine derartige Bevormundung durch eine solche Persönlichkeit länger bieten lassen will. Nach dieser offenkundigen Verhöhnung der Staatsautorität wäre es unseres Erachtens unbedingte Pflicht des Staatsanwaltes, gegen den hiesigen Kommunistenführer einzuschreiten. Oder will man erst warten bis Schulze seine Drohung wahr gemacht haben wird? (...)

Zusammenfassend legte St.M. Dr. Wick am Schlusse noch einmal die Stellung des Bürgertum: zu den angeschnittenen Fragen dar und warnte u.a. die Kommunisten vor Wiederholung ähnlicher Taten wie der in der „Tonhalle“ gezeigten, da sonst wohl jede freiwillige Unterstützung der Erwerbslosen durch das Bürgertum aufhören werde. (...) Wenn dessen Tätigkeit in Zukunft eine ersprißlichere werden soll, so muß man mit der bisherigen Diktatur Hermann Schulze und seiner ‚Truppen‘ brechen. Dessen seien sich alle beteiligten Kreise zur rechten Zeit eingedenk!“³⁸

Am 1. Mai 1923 demonstrierten KPD und SPD gemeinsam. Eine besondere Attraktion war das in der Nacht rot angestrichene Denkmal für Kaiser Wilhelm I.³⁹

Streitpunkte blieben die Forderungen der KPD an die Regierung Fröhlich nach Kontrollausschüssen, nach Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften, Bildung einer Arbeiterregierung und anderes.

Der Ausruf des Generalstreikes durch Betriebsräte in Berlin als Protest gegen die reaktionäre Reichsregierung zum 11. August warf ein bezeichnendes Licht auf den Einfluss der KPD in Thüringen und Gera. Mit dem Rücktritt der Regierung Cuno sah die SPD die Forderungen als erfüllt an. In der Betriebsrätevollversammlung in Gera am 14. August 1923 konnten sich jedoch Walter Gerber und Hermann Schulze für kurze Zeit durchsetzen. Ein Kontrollausschuss unter der Leitung von Hermann Drechsler sollte die Lebensmittelversorgung absichern. Die Gewerkschaften erklärten den Streik nach einem Tag für beendet. Am 15. August traten Walter Gerber, Karl Matthes und Hermann Schulze vor 4.000 Arbeitern für die Weiterführung des Streiks ein.

Der Druck der Massenbewegung führte wie in Sachsen auch in Thüringen zu Regierungskoalitionen von KPD und SPD. Diese Arbeiterregierungen wurden sofort von der Reichsregierung (Stresemann, DVP und Hilferding, SPD) bekämpft und deren Rücktritt verlangt. Mit dem Einmarsch der Reichswehr am 10.11.1923 in Gera erfolgte unter Bruch der Verfassung die Reichsexekution. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Entwaffnung der proletarischen Hundertschaften, Rücknahme unliebsamer Verordnungen waren die Folge.

Hermann Schulze schrieb dazu: „... nach der Besetzung Thüringens durch die Reichswehr wurde ich per Kopfprämie steckbrieflich gesucht und mußte einige Monate illegal leben.“⁴⁰

Reichswehrdiktatur und Stabilisierung

„Im Verlauf meiner politischen Tätigkeit wurde ich von der (...) Ordnungsbund-Regierung mit politischen Prozessen reichlich verfolgt.“

Die Auseinandersetzungen 1923 in Deutschland hatte die KPD, in Verkennung der realen Verhältnisse, zu der Auffassung geführt, dass sich das Fenster für einen „deutschen Oktober“ öffnet. Die Revolution in Russland 1917 und die Behauptung der Macht durch die Bolschewiki im nunmehr sechsten Jahr festigte die Meinung, dass die Zeit für den Sturz der alten Ordnung gekommen sei. Die Revolution von 1918 war zu vollenden. Ob sich die Revolution in einem rückschrittlichen Land wie Russland halten würde, war jedoch immer noch ungewiss. Ein Sieg in Deutschland hätte die Isolierung beseitigt und beide Länder gestärkt.

Bei der Vorbereitung des Aufstandes sollte die Konferenz der Betriebsräte und Gewerkschaften am 21. Oktober 1923 in Chemnitz eine große Rolle spielen. Angesichts der Hoffnungen auf den größeren Einfluss der SPD in der neuen Reichsregierung und Länderregierungen sowie der Verbesserungen der Lebenslage waren die Delegierten nicht bereit, den Vorschlägen und Anträgen der KPD zu folgen. Ein Generalstreik wurde abgelehnt, den Aufstandsplan zog die Führung der KPD zurück.

Der Rückzugsplan rief die Kritik der starken linken Fraktion in der Partei wie auch des Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) hervor. Nach den Auffassungen der Linken hatten Heinrich

Brandler und August Thalheimer kapituliert und waren die Schuldigen der Niederlage. Zugleich wurde die Legende von der Ehrenrettung des deutschen Proletariats durch den Hamburger Aufstand geboren.

Mit der Entmachtung der Regierung Fröhlich und der Auflösung des Landtages ging das bürgerlich-konservative Lager in Thüringen zum Angriff über. Der Verband der Mitteldeutschen Industrie versandte zu den bevorstehenden Landtagswahlen ein Rundschreiben in dem es hieß: „Der Thüringer Landtag ist aufgelöst! Neuwahlen stehen bevor. Zwei Jahre lang hat das Thüringer Volk unter der einseitigen Klassenherrschaft der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien gestanden. Entrechtet war alles was bürgerlich sich nannte. Mit Wissen und Willen der sozialdemokratischen Regierung konnten sich ungehindert die proletarischen Hundertschaften zur Vernichtung des Bürgertums organisieren.

Wäre die Reichswehr nur 48 Stunden später in Thüringen einmarschiert, hätten sich die Söldlinge Rußlands mit Gewalt der Herrschaft über Thüringen bemächtigt, hätten den Bürgerkrieg entfacht. Schwer hat besonders unter der roten Mißwirtschaft die Thüringer Industrie gelitten, die man als geeignetes Ausbeutungsobjekt betrachtete und behandelte. Schwer waren die widerrechtlichen Übergriffe gegen die Industrie. Schwer die ständigen Bedrohungen, schwer die bis heute ungesühnten Terrorakte gegen so manchen Industriellen.

Die Bahn zum Wiederaufbau ist frei, wenn eine bürgerliche Mehrheit in den Thüringer Landtag einzieht, die der thüringischen Industrie die Bewegungsfreiheit wiedergibt, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte zum Wohle der Gesundheit bedarf. Zur Erreichung dieses Zieles, um die Befreiung vom roten Terror, muß mit allen Mitteln des Wahlkampfes gerungen werden. Es muß unbedingt der Wiedereinzug einer roten Mehrheit in den Thüringer Landtag verhindert werden. Sonst würde das den Zusammenbruch des gesamten thüringischen Bürgertums und damit auch der thüringischen Industrie bedeuten.

Das Präsidium unseres Vorstandes hat einstimmig beschlossen, zur Finanzierung der Wahlen dadurch beizutragen, dass jeder Industrielle mindestens den Betrag von G.-Hk. 5,- für den Kopf seiner normalen Belegschaft auf unser Konto „Wahlfonds“ (...) einzuzahlen hat (...)

Wir wissen wohl, dass Manchen die Aufbringung dieser Mittel schwer sein wird. Aber sie müssen, koste was es koste aufgebracht werden selbst dann, wenn man sich das Geld zu diesem Zweck borgen müßte.

Es gilt die Rettung des Bürgertums und damit der Industrie. Dafür darf kein Opfer zu groß sein. Der letzte Hosenknopf muss geopfert werden. (...)⁴¹

Mit der Wahl zum III. Thüringer Landtag unter einem Besatzungsregime im Februar 1924 ging die linke Mehrheit verloren. Die KPD wurde verboten, Demonstrationen zum 1. Mai untersagt und mit der Organisierung der „Deutschen Tage“ im März und Mai versucht, die konservativen Kräfte zu bündeln.

Die Verfolgung der gewählten Abgeordneten der Linken wurde auch nach der Wahl nicht aufgehoben. Das veranlasste die Fraktion der KPD, zu der auch Hermann Schulze gehörte, in der ersten Sitzung die Gewährleistung der Immunität zu beantragen. Richard Zimmermann erklärte dazu. „... sämtliche kommunistische Abgeordneten (stehen) unter Briefzensur ... Sie bringen dadurch nicht nur die Abgeordneten in Gefahr, sondern auch die Briefschreiber ...“⁴²

Der Abgeordnete Bochert (KPD) ging auf die drohende Verhaftung Hermann Schulzes und Theodor Neubauers ein und schilderte anhand eigener Erfahrungen die brutale Behandlung der sogenannten Schutzhäftlinge durch die Reichswehr:

„Ich wurde morgens 4 Uhr verhaftet und mußte von ½ 5 bis 10 Uhr morgens bei einer Kälte, wie sie im Januar herrschte, im Freien stehen. Von 10 bis ½ 5 Uhr nachmittags habe ich mit dem Gesicht nach der Wand im Zimmer gestanden und eine Stunde später wurde ich nach Blankenburg gebracht, wo ich in einer dunklen Zelle untergebracht wurde, wo kein Licht und kein Feuer gemacht werden konnte. In Blankenburg habe ich dann 2 bis 3 Wochen ohne Bett im Anzug kampieren müssen und mußte mir dort die gemeinsten Mißhandlungen gefallen lassen. Meine Herren, wie die Mißhandlungen waren, können sich viele Menschen gar nicht vorstellen. Ich mußte nachts zwischen 1 und 2 Uhr auf Befehl eines Reichswehrsoldaten aufstehen und wurde von diesem so brutal mißhandelt, daß mir das Blut aus dem Munde kam. Ich wurde so geschlagen, daß ich tagelang nicht essen und nicht sprechen konnte. Nachts zwischen 1 und 2 Uhr wurde mir gedroht, daß ich barfuß auf die Straße gehen müsse. Es wurde nicht ausgeführt, aber ich wurde allein in ein Zimmer geholt, wo vor meinen Augen ein Revolver geladen wurde; der Revolver wurde mir vor die Stirn gehalten und gesagt: Ich mache mit Ihnen einen Fluchtversuch. Das Schlagen geschah zu dem Zweck, um

von mir Aussagen zu erpressen. Man verlangte von mir Aufschluss über einzelne Personen und über die Presse, die ich nie geben konnte. Trotzdem wurde ich in der gemeinsten Weise mißhandelt. Als ich dann den betreffenden Reichswehrsoldaten, der unter dem Schutze eines Postens diese Mitteilungen vornahm, die durch Zeugen belegt werden können, erklärte: Selbst wenn sie mich erschießen, kann ich Aussagen nicht machen, wurde ich erneut in der brutalsten Weise mißhandelt, und zwar so, daß ich nicht mehr in der Lage war, aufrecht zu gehen.

Als ich am nächsten Tage einen Arzt verlangte, war kein Arzt zu bekommen. Es wäre nicht möglich, ihn heranzuholen. Es wäre jedoch möglich, wenn ich den Arzt auf eigene Kosten holen lassen wollte. Am zweiten Tage endlich hat man den Arzt kommen lassen. Meine Herren! Aus diesen brutalen Mißhandlungen, die ich bei anderen Ausführungen noch ergänzen werde, glaube ich, werden sie ersehen, daß wir nicht das geringste Interesse haben, einen unserer Freunde, noch dazu einen unserer Abgeordneten, die hier als Volksvertreter fungieren sollen, in die Hände solcher Leute auszuliefern.⁴³

Der Terror der Polizei beschäftigte den Landtag noch lange und führte zu einer großen Anfrage der KPD. In der Debatte wurde deutlich, dass sich die Maßnahmen der Regierung keineswegs nur gegen die KPD richteten. Auch Mitglieder der SPD wurden verprügelt, und ihre Versammlungen wurden behindert. In Gotha beschlagnahmte die Polizei die schwarz-rot-goldene Fahne der Republik, die zu einer Veranstaltung der SPD getragen wurde.

Auch die Mutter von Hermann Schulze geriet in das Räderwerk der Polizeimaschine. Am 3. August 1924 veranstalteten die rechtskonservativen Kräfte in Gera eine sogenannte „Heldendankfeier“, zu der die Bevölkerung eingeladen war. Schulze erklärte dazu in der Landtagssitzung vom 4. Februar 1925: „... wir waren auch hingegangen, nicht um zu demonstrieren gegen die Ehrung der Gefallenen, sondern um dort zu protestieren und zu demonstrieren gegen diejenigen, die die Arbeiter millionenweise hingeschlachtet haben, (*Lärm rechts*) um zu demonstrieren gegen diejenigen, die während des Krieges Millionen und Milliarden gewonnen haben, während andere Leib und Leben lassen mußten. Wir waren hingegangen, um zu protestieren, daß man Denkmale setzen will, daß diejenigen, die Millionen gewonnen haben, demonstrieren, während Frauen und Kinder, denen man den Mann hingemordet hat, heute nichts zu essen haben. (*„Sehr richtig!“ bei den Kommunisten*) Es wäre wirklich

eine Heldenfeier wenn sie den Frauen und Kindern eine Rente zugestehen würden ...⁴⁴

Weiter berichtete Schulze, dass seine Mutter außerhalb der Polizeikette wohl denunziert, verhaftet und zur Wache geschleppt wurde. Obwohl sie dort als Mutter eines Stadtratsmitgliedes bekannt war, zwang man sie, sich zu entkleiden. Auf Veranlassung eines Polizeikommissars erfolgte die körperliche Untersuchung durch eine herbeigerufene Sanitäterin einschließlich der intimen Körperteile.

Die skandalöse Behandlung erregte in der Öffentlichkeit sowie im Landtag Aufsehen und Ablehnung. Mehrfach spielte dieser Vorfall in den Diskussionen zum Polizeiuntersuchungsausschuss des Landtages eine Rolle. Im weiteren Verlauf kam der Staatsminister Sattler nicht umhin, auf Hermann Schulze zuzugehen und um Entschuldigung zu bitten. Mit den Stimmen von SPD und KPD gelang es schließlich, einen Untersuchungsausschuss zu den Übergriffen der Polizei einzusetzen.

Als Landtagsabgeordnetem gelang es Schulze, mit gewohnter Aktivität die Debatten durch Zurufe und Anfragen im Sinne seiner Überzeugung zu beeinflussen. In der 40. Sitzung am 8. Juni 1924 wurde über die Situation arbeitsloser Frauen mit Kindern debattiert. Dabei kam es zu einem Eklat: Von den rechten Plätzen aus wurden die Ausführungen über die Not und Hoffnungslosigkeit mit Gelächter bedacht. Das nahm Schulze zum Anlass für drastische Ausdrücke, die zu seinem Ausschluss aus der Sitzung führten. Vorfälle ähnlicher Art, die vor allem die Fraktion der KPD betrafen, wiederholten sich.

Bereits im April 1923 hatte die „Geraer Zeitung“ das Einschreiten des Staatsanwaltes gegen Hermann Schulze gefordert. Das war zunächst nicht von Erfolg gekrönt. Am 2. August 1923 wandte sich der Führer der bürgerlich-konservativen Stadtratsfraktion Dr. Wick dazu an Bürgermeister Leven (SPD): „Auf das an mich (...) gerichtete Ersuchen (...) habe ich folgendes zu erwidern: Ich persönlich habe auch nicht die auf dem Marktplatz seitens Hermann Schulze gelegentlich (der) Erwerbslosendemonstration gehaltene Ansprache mit angehört. (...) Als Führer der Kommunisten hat er die Kundgebung der Erwerbslosen benutzt, um in seiner stadtbekanntem, hetzerischen, von den schärfsten Ausfällen gegen die frühere und jetzige Regierung strotzenden Weise, die Masse in Erregung zu versetzen. ... Die im Zeitungsbericht und dem Bericht der Kriminalpolizei enthaltene Äußerung, die heutige Demonstration bilde

nur den Auftakt, am Freitag ginge es weiter u.a.m., womit Schulze m.E. nur sagen wollte: ‚wendet Gewalt an‘, passen durchaus zu der von ihm beliebten Redeweise.“ Wick erwähnte weiter „Drohungen“ gegen die städtische Polizei und die Störung einer bürgerlichen Versammlung durch die kommunistischen Hundertschaften. Er schloss den Brief mit dem Satz, dass alles das Ziel der „Verächtlichmachung der herrschenden Staatsgewalt und Vorbereitung zu einer anderen Staatsform“ habe.⁴⁵ Der Oberreichsanwalt aus Leipzig lehnte am 1. November 1923 eine Bearbeitung mit dem Vermerk „Sachverhalt geprüft, kein Beweis vorhanden“ ab.

Im Februar 1924 unternahmen die Gegner von Hermann Schulze einen erneuten Vorstoß. Wick konzentrierte sich jetzt auf Äußerungen Schulzes gegenüber der Polizei und sah darin die Aufforderung zu einer Straftat im Sinne von § 110 des Strafgesetzbuches. Unter den nun veränderten Bedingungen wurde am 6. Juni 1924 ein Hauptverfahren eröffnet, das am 12. September 1924 mit Freispruch endete.

Es folgte am 20. November 1924 die Berufungsverhandlung, genauer gesagt: sie sollte folgen. Hermann Schulze legte es offensichtlich auf eine offene Konfrontation an. Das führte zum sofortigen Aussprechen einer Ordnungsstrafe wegen „Ungebühr vor Gericht“ mit einem Tag Haft und sofortigem Antritt.

Am 18. Dezember wurde erneut verhandelt und der Prozess mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat abgeschlossen. Die Revision dazu wurde am 27. März 1925 verworfen.⁴⁶ In Bezug auf die verbalen Angriffe gegen die Polizei räumte das Gericht immerhin ein, dass es Fehlgriffe der Polizei gegeben habe.

Der Verfolgungswille der Regierung setzte sich auch nach 1924 fort. Die Proteste gegen die Reichswehrwillkür noch in Erinnerung, mussten sich Regierung, Landtag und Justiz mit Übergriffen der Polizei weiter beschäftigen. Ausgerechnet im erzwungenen Polizeiuntersuchungsausschuss wurde eine Falle für Hermann Schulze gebaut.

In den Auseinandersetzungen mit der Polizei und Justiz nahm der Prozess vom 7. Februar 1927 vor dem Schwurgericht beim Landgericht Weimar eine besondere Stellung ein. Hermann Schulze wurde wegen eines angeblich geleisteten Meineides vor dem Polizeiuntersuchungsausschuss des Landtages angeklagt.

Die Presse berichtete ausführlich über die drei Prozesstage. Das Publikum war zahlreich im Verhandlungssaal erschienen. Hermann Schulze machte gleich bei der Prozesseröffnung in seiner Erklärung auf den politischen Inhalt aufmerksam und auf die Interessen, die diesen bestimmen. Er erklärte: „Die thüringische Regierung hat unter Dr. Sattler die Polizei mißbraucht und hat sie besonders gegen die Kommunisten in einer der Reichsverfassung widersprechenden Art verwendet. Als die Kommunistische Partei zu einer Gegendemonstration im Februar 1924 nach Jena aufforderte (gegen den Aufmarsch rechtskonservativer Vereine wie Stahlhelm u.a. zum ‚Deutschen Tag‘) verbot die Regierung diese Demonstration. Die Kommunisten haben von der Demonstration auf der Straße Abstand genommen und veranstalteten geschlossene Veranstaltungen in verschiedenen Lokalen der Stadt Jena.“⁴⁷

Er schilderte dann die Auflösung der Versammlungen durch die Polizei und deren gewaltsamen Einsatz, der auch dazu geführt hatte, dass nach Angaben der Polizei ein Dolch bei der körperlichen Durchsuchung einer Person abgenommen wurde.

Der in der Arbeiterschaft unrühmlich bekannte Staatsanwalt Floel hatte die Aufgabe übernommen, Hermann Schulze den Besitz des Dolches nachzuweisen. Damit wäre es möglich gewesen, Hermann meineidig zu machen, da dieser in einer Sitzung des Polizeiausschusses den Besitz des Dolches von sich gewiesen hatte.

Die als Zeugen aufgerufenen Polizeibeamten machten der Reihe nach widersprüchliche Aussagen. Sie beriefen sich auf Erinnerungslücken. Eigentlich wusste keiner so richtig, wem der Dolch zuzuordnen war und wieso es dazu kam, dass er mit einem Zettel versehen wurde, auf dem der Name „Schulze“ zu lesen war. Der Regierungsrat Löning, der von der Regierung Sattler ausgewählt war, den Stein ins Rollen zu bringen, litt an Gedächtnisschwund und machte unklare Aussagen.

Der Prozess nahm am dritten Tag eine sensationelle Wende, als sich zwei Jenaer Arbeiter, der Metallarbeiter Otto Handwerk und der Heizer Rokosch, ungeladen am Gericht meldeten. Otto Handwerk erklärte, dass das Beweisstück, der Dolch, ihm bekannt sei, dass er ihn bearbeitet und abgeschliffen und dann an Rokosch gegeben habe. Rokosch bestätigte, dass der Dolch sein Eigentum wäre. In gleicher Weise schilderte er die Durchsuchung durch einen Polizeibeamten und seine Verhaftung wegen des Besitzes dieser Waffe am 2. März 1924. War der Staatsanwalt bis zu diesem Zeitpunkt wohl davon überzeugt gewesen, eine Verurteilung

wegen Meineids mit mehrjähriger Zuchthausstrafe zu erreichen, so blieb ihm nichts weiter übrig, als auf Freispruch zu plädieren.

Ostthüringer Tribüne Mittwoch den 9. Februar 1927

Der Meineidsprozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten Schulze.

Wahrscheinliche Dauer des Prozesses drei Tage. — Die Aussagen der Polizeibeamten.

Weimar, 7. Februar 1927.

Am Montagvormittag nahm vor dem Schwurgericht beim Landgericht Weimar der Meineidsprozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten Schulze aus Gera seinen Anfang. Presse und Publikum waren zahlreich vertreten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Bögel. Als Anklagevertreiter fungiert wieder Staatsanwaltschaftsrat Floel. Er, ausgerechnet, er wird in diesem Prozeß auf hohe Zuchthausstrafe plädieren wegen der angeblichen Beteiligung des Tödes. Aus nicht bekannten Gründen ist der eine Verteidiger Schulzes, Dr. Gantler-Wein, von der Verteidigung zurückgetreten. Sein Mandat hat der frühere Staatsanwalt und jetzige Rechtsanwalt Dr. Weinland, Gera übernommen.

Vor der Vernehmung des Angeklagten Schulze wurde festgestellt, daß der Antrag von Thüringen die Immunität Schulzes dahin aufgehoben hat, daß zu einer eventuellen Verhaftung die besondere Genehmigung des Landtags erforderlich wäre. Da Schulze aus Mangel des vieren Landtags gemorben ist, so würde dieser darüber zu entscheiden haben, ob ein Antrag auf Verhaftung Schulzes durch die Strafverfolgungsbehörde annehmbar oder abzulehnen ist. Schulze machte zunächst einige Angaben über seinen Lebenslauf, gab an Soldat gewesen und Dremmel im Jahre neunmündet worden zu sein. Nach seiner Schulterfassung sei er in die proletarische Jugendbewegung und im Jahre 1919 in die KPD eingetreten. Auf Befehl wurde er im Jahre 1920 nach Weimar. Die thüringische Regierung hat unter Dr. Gantler die Polizei mitgebracht und hat sie behauptet gegen die Kommunisten Schulze nachweisen konnte, daß er nicht dort gewesen sei. Schulze hätte sich auf dem Lutherplatz als Landtagsabgeordneter ausgewiesen. Nach einem Wortwechsel wäre er mit Schulze ins Handgemeine geraten. Näheres darüber, ob der Polizeibeamte Webermann bei Schulze einen Dolch fand, konnte der Zeuge nicht angeben. Seine Aussage wich sehr von seinen früheren Aussagen ab. So sagte u. a. der Zeuge Roth, er habe Schulze auf einem grauen Hof erkannt, trotzdem Schulze nachweisen kann, daß er damals einen Mantel getragen und das Gesicht nicht sichtbar gewesen sei. Mantel ist auch seiner die Reihenfolge, in der Schulze von den Beamten angeprochen und verhaftet wurde. Was jetzt nicht so noch nicht ist, wann Schulze der Dolch abgenommen wurde. Roth stellt weit nichts von dem Dolch. Auf Schulze wurde nach der Schlägerei mit Roth auf das Auto gebracht.

Auch der nun folgende Zeuge, Wachtmeister Webermann, brachte in dieser Beziehung keine Klärung. Seine Aussage wich ganz erheblich von der seines Kollegen ab. Webermann sagte aus, daß er Schulze kurz vor dem „Lenker Volksklub“ angehalten und nach Walfen durchsucht hätte. Schulze hätte sich dabei als Landtagsabgeordneter ausgewiesen, indem er eine graue Karte ohne Aufschrift vorzeigte hätte. Was der Zeuge sagte habe er Schulze den Dolch herausgegeben, sei dann mit Schulze zum Auto gegangen und hätte dort angeht, man möge Schulze auf der Wache folgen, bis er (Webermann) komme, damit er die Angelegenheit erledigen könne. Den Dolch habe er dann später auf der Wache abgegeben. Schulze sei inzwischen zur Kaserne transportiert worden. Auf Verhelfe erklärte der Zeuge, er halte es für möglich, daß die

Freispruch im Meineidsprozeß Schulze.

Sensationelle Wendung am letzten Prozeßstage. — Der wirkliche Eigentümer des Dolches meldet sich. — Floel muß Freisprechung beantragen.

Weimar, den 12. Februar.

Die Verhandlungen des Weimarer Schwurgerichts wurden am letzten Dienstag unterbrochen, nach dem ein Verneinungsantrag bei der Verteidigung, den früheren Landespolizeiführer Kahlbach in übernehmen, angenommen worden war. Kahlbach sollte bekanntlich darüber auslegen, daß er bei den Verhandlungen der Angeklagten am 2. März 1924 in Gera in der Wohnung auf einen Mann getroffen sei, der sich auf dem Lutherplatz im Gera'schen Landtagsabgeordneter Schulze ausgesprochen haben sollte. Dieser Verneinungsantrag war lautgeben der letzte Versuch der Verteidigung, einen einwandfreien Freispruch Schulze zu erzielen. Er sollte sich aber in der Verhandlung, daß Kahlbach die von ihm erhoffenen Angaben nicht machen konnte. Seine Aussage beschränkte sich auf die, die im Falle der Vernehmung der Angeklagten Schulze aus schließlich behandelt worden waren. So sagte er unter anderem aus, daß die Abgeordneten Schulze und Zimmermann unter Hinweis auf ihre Parteimitgliedschaft die sofortige Festnahme verlangten. Die richterliche Feststellung, wobei hatten sie sich über die Verhandlungen der Polizei beschwert und eine Vernehmung durch eine überörtliche Behörde nach der Vernehmung dann, als zwei Lenker Arbeiter, nämlich der Metallarbeiter Otto Danneberg und der Arbeiter Walfisch unterhalten vor dem Gericht erschienen so gewesen wäre! (D. Red.) Er betonte mit besonderem Nachdruck und wiederholte, daß der Staatsminister Dr. Gantler in der Angelegenheit dieses Prozesses vollkommen unrichtig sei. In der letztlichen Freie sei er (Kahlbach) schon vor Abbruch der Prozeßverhandlungen schon angekündigt worden, und es werde unterliegt werden müssen, ob in einem Artikel des „Volks“ nicht Beamteneinnahmen enthalten sei. Der Polizeiausschusskommission ist also der Name von ihm bekannt gewesen, aber dort veröffentlichte wurde er (Kahlbach) nicht als Dolch zu beistellen. Der letzte Versuch sei die Fortführung der Verhandlung im Polizeiausschusskommissionen, was aber nicht geschah, weil der Staatsminister Kahlbach seine näheren Angaben machen konnte über die Kahlbach'sche Verbindung, bezweifelungslos habe ihn das Gericht verurteilt. Die Angelegenheit, die nicht liegen können, ob die Person, die er verhaftete, der Angeordnete Schulze gemein sei, er sagte nichts aus. Nach Feststellung der Vernehmungsaussagen müsse man glauben, daß Schulze einen Dolch nicht gehabt bei Walfisch sei, daß am 6. März bis zum Heuerabend 1924 nichts von dem Dolch, der eine so große Rolle spielte, gehört worden ist, obwohl noch die Vernehmung, des Dolches als eine Ermittlung befragt wurde. Nachdem nicht nachhätte die Umstände der

Der Meineidsprozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten Schulze.

Der zweite Verhandlungstag.

Die seltsame Rolle der Ordnungsregierung. — Verhandlung auf Sonnabend verlagert.

Weimar, 8. Februar.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Dolchfrage in allen Variationen behandelt. Kriminaloberwachmeister Konrad aus Gera betonte, daß über den angeblich bei Schulze beschlagnahmten Dolch keine Niederschrift gemacht worden sei, da die Leute, die von der Polizei verhaftet worden waren, bald nach der Kaserne abtransportiert worden waren. Der Dolch sei bei

Polizeihauptmann Biener, jetzt in Gera, sagte aus, daß er Schulze auf dem Lutherplatz verhaftet hätte, nachdem er ihn schon vorher in einer Versammlung im „Schillerhof“ gesehen und verwahrt haben will. Diese Zusammenkunft auf dem Lutherplatz stellte Schulze in Verbindung mit dem Dremmel auf seine Verhaftung am Lutherplatz und seinen Transport nach der Kaserne. Während des Umzuges des Jungstürms habe er (Schulze) sich auf der Kaserne befunden, er könne also unmöglich mit ihm zusammen-

Die Ostthüringer „Tribüne“ kommentierte: „Für die Ordnungsregierung ist der Meineidsprozeß Schulze das letzte schlechte Zeugnis über eine politische Intrigenwirtschaft schlimmster Art. Auch wir bedauern, daß der zum Oberverwaltungsgerichtsrat beförderte Regierungsrat Löning einer derartigen Gedächtnisschwäche befallen war, daß er nichts darüber angeben konnte, ob ihm Instruktionen bedeutsamer Art gegeben worden seien. (...) die Gedächtnisschwäche (könnte) nicht anders gedeutet werden, (...) als daß ihm tatsächlich Instruktionen für die Operation mit dem Dolch vor dem Polizeiuntersuchungsausschuß gegeben worden [waren] (...) Nicht umsonst versteckte Löning den Dolch unter einen Aktendeckel um ihn nach der Frage ob Schulze bewaffnet gewesen sei, erst dann hervorzuholen, als die Frage glatt verneint wurde – vermutete der Verteidiger – (...) Schulze war der politische Gegner, er mußte beiseitigt werden, indem man ihm eine Falle stellte. Dazu paßte die Aussa-

ge des Ministerialbeamten Heubecher, daß in der Ministerialsitzung beschlossen wurde, wie im Polizeiuntersuchungsausschuss durch Löning vorzugehen sei.⁴⁸

Bereits am 25. April 1927 machte sich der Oberstaatsanwalt daran, Schulze erneut vor Gericht zu bringen. Er fertigte eine Liste an, nach der dieser 1924 in 12 Fällen insbesondere Polizeibeamte oder die gesamte Polizei beleidigt haben sollte. Die Auflistung lässt den Schluss einer nachträglichen, aber systematischen Sammlung zu. Am 26. Juni 1927 versagte der Gesetzgebungsausschuss des Landtages die Genehmigung zu Strafverfolgung. KPD wie SPD Abgeordnete stimmten für die Aufrechterhaltung der Immunität.⁴⁹ In der Landtagssitzung am 28. Juni 1927 rechnete Schulze mit der Regierung und der Polizei ab. Er wies darauf hin, dass 1924 anlässlich seiner Verhaftung mit dem Fraktionskollegen Richard Zimmermann der Innenminister nirgends den angeblich mitgeführten Dolch erwähnte, und dass man die Polizeibeamten zur Falschaussage anstiftete. Diese seien nun des Meineids verdächtig.

Die Debatte trieb die Regierung in die Enge. Indes war der Fall Schulze nur ein Punkt in einer Reihe skandalöser Vorfälle. Das wurde von der SPD deutlich gemacht und führte zum Misstrauensantrag gegen die Regierung. Mit 28 gegen 26 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.⁵⁰

Im Juli 1928 arbeitete der Staatsanwalt mit dem Instrument des Strafbefehls, der die Immunität nicht berührte. Nach Angaben in Schulzes Lebenslauf folgten mehrere Prozesse: 1928 wegen Widerstand gegen die Polizei bei einer Erwerbslosenkundgebung (vier Monate Gefängnis), 1929 während des Textilarbeiterstreiks bei Halpert & Co. (drei Monate Gefängnis), 1932 wegen des Tragens verbotener Abzeichen und Widerstand gegen einen Gendarmen (drei Monate Gefängnis). Im Oktober 1932 kam Schulze in Untersuchungshaft in Gera mit anschließender Einlieferung ins KZ Bad Sulza.

Die Reichswehrdiktatur 1923/1924 und die folgende Politik der rechtskonservativen Regierung in Thüringen waren Teil eines allgemeinen Rechtsrucks in Deutschland, der weitere demokratische Entwicklungen stoppte bzw. deren Ergebnisse angriff. Die ökonomische Stabilisierung vereinte sich mit der Stabilisierung konservativer Vorherrschaft, deren Anliegen Revanche und Beseitigung der Republik waren. Der Widerstand der Arbeiterorganisationen brachte Radikalisierungstendenzen mit sich, die auch im Agieren Hermann Schulze und seiner Freunde sichtbar wurden. So konnte der SPD-Abgeordnete Dr. Kieß am 28. Januar 1925 den Vertretern der KPD im Landtag behelrend erklären: „... jetzt befin-

det man sich in einer niedergehenden Welle, da wird dem Schüler gesagt: man droht in der augenblicklichen Zeit nicht. Nach der offiziellen Doktrin von Moskau befindet sich die proletarische Bewegung in absteigender Linie ...⁵¹ Die KPD verlor in dieser Zeit eine nicht geringe Zahl ihrer Mitglieder und beträchtlichen Einfluss in den Gewerkschaften. Entgegen den Empfehlungen des EKKI entschied sie, auch für den zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten einen eigenen Kandidaten – Ernst Thälmann – aufzustellen, statt mit der SPD über einen gemeinsamen Kandidaten zu verhandeln. Im Ergebnis siegte der Monarchist Hindenburg. Nur mit Mühe fand die KPD zu einem realistischen Kurs zurück. In seinem Lebenslauf schrieb Hermann Schulze über diese Zeit: „... hatte ich in Gera folgende Funktionen: Mitglied der Unterbezirksleitung der KPD (...) Stadtratsmitglied, Redner in vielen Versammlungen, Mitglied des Arbeitersportkartells, 2. Vorsitzender der Fr. Turnerschaft Untermhaus und Leiter der Fußballabteilung. In dieser Zeit gründete ich mit anderen Genossen den roten Frontkämpferbund, die kommunistische Jugend- und Kindergruppe in Gera.“⁵²

Die schon länger bestehenden Organisationen des „Stahlhelm“ und die von der SPD gegründete Wehrorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ veranlassten die Führung der KPD, über eine eigene Wehrorganisation nachzudenken. In den Bezirken Großthüringen und Halle-Merseburg sollten Erfahrungen gesammelt werden. Hier hatten starke proletarische Hundertschaften existiert. Die erste Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes (RFB) entstand im Juli 1924 in Thüringen im Unterbezirk Hildburghausen. Mitte Juli 1924 bildete sich die provisorische Bezirksleitung Thüringens, deren Vorsitz Hermann Schulze übernahm.⁵³

Sein Engagement dokumentieren Polizeiberichte, die ihn mehrmals als Redner in dieser Sache nennen, so in Weimar (wo die zweite Gründung des RFB erfolgte), Saalfeld und Gera. Er veröffentlichte seine Adresse als Anlaufstelle für Thüringen. 1925 übernahm Fritz Altwein aus Jena die Leitung, Schulze, der „Rote General“ genannt, fungierte weiter als Stellvertreter. Der RFB stand von Anfang an unter gezielter Beobachtung, und es gab genügend Möglichkeiten, an Informationen zu gelangen. So konnte die Polizei ein „Büro“ in Jena feststellen, in dem die KPD Material besonderer Art lagerte (Bücher zu militärischen Übungen, technische Zeichnungen zu Waffen, Pistole, Maschinenpistole, MG u.ä.) Das führte zu mindestens vier Festnahmen in Jena. Das Innenministerium ersuchte die Kreise um ausführliche Berichterstattung.



1. Reihe: 4. v. l. (mit Umhang): Hermann Schulze, 5. v. l.: Eugen Selbmann, Leiter der UBL Gera. 2. Reihe: links hinter Schulze: Helene Fleischer, spätere Reichstagsabgeordnete der KPD, rechts hinter Selbmann: Max Keppel. (Personen wurden 1978 durch Max Höllerich bestimmt.)

Aufnahme wahrscheinlich zwischen 1926 und 1928, Quelle: Stadtmuseum Gera

Am 31. Juni 1925 teilte der Geraer Stadtdirektor unter dem Betreff „Nachrichtendienst“ und „Vertraulich“ über den RFB und Hermann

Schulze den Sachstand mit. Als Mitarbeiter wurden Johannes Goller aus Bieblach/Gera, Fritz Ruderisch, Zwötzen/Gera und Oskar Bauer benannt. Ruderisch empfing unter seine Adresse sämtliche vertrauliche Post für Schulze. Zu Bauer hieß es: „... Bauer ist als Spitzel der Rechtsparteien von der kommunistischen Partei beauftragt. Dieser gehörte früher den Syndikalisten an.“⁵⁴

Im Stadtrat

„1920 – 1929 war ich Vertreter der Partei im Stadtrat Gera.“

In Gera war nach der Stadtratswahl am 22. Februar 1925 die linke Mehrheit verlorenggegangen. 18 Mitgliedern des Bürgerblocks standen 14 Mitglieder der SPD und drei der KPD gegenüber. Bald zeigten sich Anknüpfungspunkte für gemeinsames Handeln der Linken. Die Öffentlichkeit wurde durch die Pläne zur Entschädigung der entmachteten Fürstenhäuser bewegt. Die KPD forderte die entschädigungslose Enteignung. Damit konnten auch Kreise außerhalb der Arbeiterschaft angesprochen werden. Gegen den Willen der Führung der SPD entstand eine außerparlamentarische Bewegung.

Der Antrag auf einen Volksentscheid traf am 27. Januar 1926 im Stadtrat zunächst auf eine schwankende SPD-Fraktion. Aber in der Folge bekannte sich Hermann Drechsler mit einer zündenden Rede zu diesem Anliegen. Bei gemeinsamen Aktionen in Gera und Umgebung gelang den beiden Parteien ein Schulterschluss. Am 20. Juni 1926 stimmten in Gera 54 % der Wahlberechtigten für die Enteignung. Damit lag Gera weit über dem Durchschnitt im Reich. Insgesamt konnten mit 14,5 Mio. Ja-Stimmen die erforderlichen 20 Mio. nicht erreicht werden. Aber nie zuvor war es beiden Parteien gelungen, zu solch einem eindrucksvollen Ergebnis gemeinsamen Handelns zu gelangen. Die KPD konnte damit die politische Isolierung durchbrechen.

Mit der Massenbewegung zum Volksbegehren vom 2. bis zum 14. März 1925 und dem Volksentscheid im Juni 1926 geriet die bürgerliche Stadtratsmehrheit unter Druck. Bereits am 15. September 1925 thematisierte Hermann Schulze die Differenzen im Bürgerblock. Der Stadtratsvorsitzende Seifart gab im September 1925 sein Mandat aus angeblich ge-

sundheitlichen Gründen zurück. An seine Stelle trat Dr. Wick, der Kontrahent von Schulze.

Charakteristisch für Wicks politische Haltung war, dass er spöttische Sprüche wie „Wilhelm, der Ausgerissene“ (über den 1918 geflohenen Kaiser) nicht duldete. Gegen die von ihm deswegen ausgesprochene Rüge verwahrte sich die Fraktion der SPD.

Nicht zum ersten Mal kam es am 18. Mai 1926 zu Tumult und Geschrei auf der Zuhörerseite. Es ging in diesen Tagen nicht nur um die Fürstenabfindung, sondern um Beihilfen für Arbeitslose, Geld für Wohnungsbau bei bestehender Wohnungsnot und um andere Bedürfnisse des täglichen Lebens. Die „Geraer Zeitung“ schrieb von „Hetzmethoden“ der Linken. Dagegen bescheinigte der Oberbürgermeister sowohl Hermann Schulze als auch dem Redner der SPD, Karl Wetzels, dass auch sie die Ausfälle missbilligten.

Am 29. Juni 1926 versuchte Hermann Schulze erneut, die Differenzen im Bürgerblock auszunutzen, und stellte den Antrag auf Auflösung des Stadtrates. Drei Stadtverordnete der bürgerlichen Fraktion machten wenig später die Differenzen öffentlich, erklärten, dass ihre Interessen nicht wahrgenommen wurden und verließen die Fraktion. Unter Führung von Dr. Wick bildeten die verbliebenen 15 Mitglieder die „Bürgerliche Vereinigung“. Nun beantragte auch die SPD im Oktober die Auflösung und Neuwahl des Stadtrates, die allerdings nicht zustande kam. Die reguläre Wahl am 2. Februar 1928 brachte dann den Sieg der Linksparteien (SPD: 16 Sitze, KPD: drei Sitze, bürgerliche Liste: 16 Sitze). Für die KPD besetzten Fritz Gießner, Karl Matthes und Hermann Schulze die Plätze.

1929 verschärfte die Weltwirtschaftskrise die gesellschaftlichen Widersprüche. Die KPD-Führung ging mehrheitlich davon aus, dass eine neue revolutionäre Situation heranreift. Als Haupthindernis für die Ausnutzung dieser Situation wurde die SPD angesehen, und die Angriffe auf diese Partei verschärfen sich. Realistisch denkende Mitglieder wurden diszipliniert bzw. ausgeschlossen. Hermann Schulze gehörte dazu. Am 16. März 1929 gab er im Stadtrat eine offizielle Erklärung ab, in der er sagte: „Dieser Ausschluss ändert nicht das geringste an meiner bisherigen politischen Einstellung (...) nach wie vor (stehe ich) zu den politischen Grundsätzen der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale (...) Die Opposition will und wird keine neue Partei gründen. Unser Kampf geht um die Gesundung und bessere Entwick-

lung der Kommunistischen Partei (...) Mein Fraktionsgenosse Gießner solidarisiert sich restlos mit mir, auch unser Fraktionsgenosse Matthes wird mit uns nach wie vor als Mitglied der kommunistischen Stadtratsfraktion zusammenarbeiten.“⁵⁵

Die Fraktionsgemeinschaft mit Karl Matthes hatte bis Ende Dezember Bestand. Innerhalb der KPD kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Am 19. Dezember 1929 erklärte Karl Matthes im Stadtrat die Auflösung der Zusammenarbeit. Laut Goldammer/Scheffel „hatte sich (...) der Gesundheitszustand [von] Karl Matthes (...) außerordentlich verschlechtert. Die Partei beschloß deshalb, daß er seine Tätigkeit im Stadtrat nicht mehr ausüben sollte. (...) Nachfolger wurde die Genossin Helene Rosenhainer (...)“⁵⁶

Unabhängig von den Streitereien in der KPD mussten sich die Arbeiter um ihren Lebensunterhalt kümmern. In Sachsen und Ostthüringen traten vor allem die Textilarbeiter in Streikkämpfe ein. Streikbrecher wurden von den Betriebsleitern eingesetzt, Polizei zu deren Schutz beordert und tätliche Angriffe verübt.

Ende März 1929 wurde bei Halpert & Co. die zehnte Streikwoche gezählt. 2.500 Arbeiter standen in Gera im Streik. Im April 1929 mußte bei Halpert & Co. der Streik abgebrochen und die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen werden. Gegen den Widerstand der bürgerlichen Seite wurde von der linken Stadtratsmehrheit versucht, Erleichterungen für die Arbeiterschaft durchzusetzen. Die Möglichkeiten des Stadtrates waren begrenzt. Unterstützung der Arbeitslosen sowie Arbeitsplätze durch Straßen- und Wegebau setzte die linke Mehrheit durch. SPD-Fraktion und die oppositionellen Kommunisten kämpften gemeinsam gegen den bürgerlichen Oberbürgermeister Arnold.

Gegen Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften, der KPD und der SPD, die „auf der Straße“ die Streikenden unterstützten, setzten Polizei und Justiz ihre Instrumente ein.

Die Dominanz der Linksparteien im Stadtrat blieb bis Ende 1932 bestehen. Am 19. November 1929 wurde Hermann Schulze, nunmehr Mitglied der KPD(O), mit den Stimmen der SPD zum nebenamtlichen Beigeordneten der Stadt gewählt. Dieser Wahl war am 18. Juni 1929 das gemeinsame Votum von KPD(O) und SPD für Hermann Drechsler (SPD) als Beigeordneter für Wohlfahrtsamt und Krankenhausverwaltung vorausgegangen.⁵⁷ Zum Vorsitzenden des Stadtrates wurde Robert

Giebler (SPD) gewählt. Fritz Gießner als oppositioneller Kommunist erhielt das Amt des 2. Stellvertreters. Der Bürgerblock stellte mit Dr. Wick den 1. Stellvertreter.

Eine einvernehmliche Zusammenarbeit mit der Vertreterin der KPD, Helene Rosenhainer, gelang Hermann Schulze nicht. Das geht aus den Pressenotizen der Opposition ebenso hervor wie aus notierten Streitereien im Stadtrat, so z.B. am 28. August 1930 über ein Abstimmungsverhalten. Bei der erneuten Wahl des Stadtratsvorstandes am 19. Januar 1932 rückte Hermann Schulze an Stelle von Fritz Gießner in den Vorstand mit den Stimmen der SPD als 1. Stellvertreter ein.

Am 20. Oktober 1929 verstarb Schulzes Vater im Alter von 56 Jahren. Nachrufe und die Trauerfeier belegten eindrucksvoll die Existenz eines sozialistischen Arbeitermilieus: Die „Freie Turnerschaft“ und die „Sangesbewegung“ Untermhaus forderten ihre Mitglieder auf, dem Verstorbenen die letzten Ehre zu erweisen. Die Ortsgruppe des Textilarbeiterverbandes erinnerte an den langjährigen Unterkassierer und Betriebsratsvorsitzenden und rief ebenfalls zur Teilnahme an der Abschiedsfeier auf. Mitglieder der KPD und Oppositionelle trafen sich hier.⁵⁸

Seit 1929 wuchs die faschistische Gefahr. In Thüringen kam die erste faschistische Regierung an die Macht. Die Stadtratswahl vom 4. Dezember 1932 fiel in die Zeit der Agonie der Weimarer Republik. Durch den Einsatz eines Staatsbeauftragten waren Oberbürgermeister und Stadtrat bereits entmachtet. Der Staatsbeauftragte erließ im September 1932 ein Ortsgesetz, das den Stadtrat ab 1. Januar 1933 auf 25 Mitglieder reduzierte.

Das rechte Lager erhielt im Ergebnis der Wahl 13 Sitze. Sieben davon (13.804 Stimmen) entfielen auf die NSDAP. Erstmals gab es im Stadtrat eine Fraktion der Nazis, die mit dem Amtsgerichtsrat Schlegel den Stadtratsvorsitzenden stellte. Bürgerbund (5.424 Stimmen, drei Sitze), Mittelstand (2.069 Stimmen, ein Sitz), Haus-Grundbesitzer (3.594 Stimmen, zwei Sitze) gingen mit der NSDAP eine Listenverbindung ein und zeigten ihre Geistesverwandtschaft.⁵⁹

Die SPD blieb mit 17.142 Stimmen (neun Sitze) stärkste Partei. Die Listenverbindung mit der KPD(O) (1.403 Stimmen) ergab keinen Sitz für diesen Partner. Die KPD erhielt 6.646 Stimmen und drei Sitze. Das Wahlergebnis zeigte die starke Polarisierung, die keinen Platz für Sonderheiten ließ.

Als der Stadtrat unter dem Nazi-Oberbürgermeister Kießling am 6. Mai 1933 zusammentrat, war die KPD verboten, und die SPD hatte nur noch eine formale Schonfrist von wenigen Tagen. Wahrheitswidrig tönte der Vertreter der NSDAP: „Die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft steht erfreulicher Weise hinter der NSDAP.“⁶⁰

Weichenstellung

„1929 kam es zu der unglücklichen Spaltung in der Partei. Ich gehörte zu denen, die Stalins Parole – raus aus den Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeitersportorganisationen – für falsch hielten usw. und wurde mit aus der Partei ausgeschlossen.“

Mit dem Ausschluss aus der Partei wurde wohl der ganze bisherige Lebensinhalt von Hermann Schulze auf die Probe gestellt. Seit 1924 war er Mitglied des Thüringer Landtages und hatte darüber hinaus noch andere Funktionen auf Landesebene inne: Er war Mitglied der UBL (Unterbezirksleitung) der Partei, in der Bezirksleitung verantwortlich für die Kommunalpolitik der KPD, Mitglied der Landesleitung des RFB (Roter Frontkämpferbund), Mitglied des Landesvorstandes der Roten Hilfe. In vielen Versammlungen und Kundgebungen der Partei in Thüringen trat er als Redner auf.

Somit war er in viele Entscheidungsprozesse, insbesondere hinsichtlich der Grundkonflikte, eingebunden: Sollte man sich als revolutionäre Partei auf einen längeren Zeitraum der gesellschaftlichen Entwicklung einlassen, oder musste man nicht eher mit aller Konsequenz die „Festung“ bestürmen, um dadurch eine revolutionäre Situation herbeizuführen? Wie geht man mit den Gewerkschaften um? Wie gewinnt man die Arbeitermassen, die in ihrer Mehrheit den reformistischen Führern der SPD vertrauen?

Die sogenannte Mittelgruppe und die Rechten in der KPD stellten sich mehr oder minder auf die Realitäten ein. Der bolschewistische Teil der Führung meinte dagegen, eine langfristige Planung dieses Zeitabschnittes vor einer neuen revolutionären Situation stelle einen Verzicht auf das Endziel dar. Der Einfluss der Mittelgruppe und der Rechten war ein ständiger Störfaktor für die Durchführung einer nach ihrer Ansicht revolutionären Politik. Den Ausweg sah man in der Auswechslung der Funk-

tionäre, um „... der Partei frisches Blut zuzuführen ... [denn] nur ein Teil [des] alten Parteiapparates ... [hätte] sich weiter entwickelt ... während die andere Hälfte immer mehr verkalkt und in eine entgegengesetzte Linie und Ideologie hineingerät.“⁶¹

Am Rande einer Tagung, die das EKKI im Februar 1928 in Moskau abhielt, traf sich die deutsche Delegation mit einer Delegation der KPdSU. Ernst Thälmann benötigte die Unterstützung der sowjetischen Genossen für seinen revolutionären Kurs. Ebenso wichtig war für Stalin, dass die größte kommunistische Partei Westeuropas seine Entscheidungen in der Komintern unterstützte. Die Weltrevolution war ausgeblieben. Konnte sich Russland allein zu einem sozialistischen Land entwickeln? Lenin hatte die Revolution und das isolierte, rückständige Land ohne Industrialisierung vorerst durch die NÖP gerettet. Nun standen neue Probleme an. Städte und Armee benötigten Lebensmittel. Die Bauern verloren das Interesse an der Steigerung der Produktion, denn der Bedarf der Landwirtschaft an Industriewaren konnte nicht gestillt werden. Stalin versuchte mit Druck, Repressionen und auf Kosten der Landbevölkerung, diese Widersprüche zu lösen.

Die Abstimmung der beiden Delegationen endete mit einem gemeinsamen Beschluss, der die bolschewistische Linie in der KPD absicherte. Unter Punkt 1 wurde festgehalten: „Festzustellen [ist], daß die rechte Gefahr in der Arbeiterbewegung in Deutschland, deren Ausdruck die sozialdemokratische Partei [ist], die Hauptgefahr darstellt ...“⁶²

Die Kritik an diesem Abkommen setzte sofort ein. In einem Brief an das ZK der KPD schrieb Clara Zetkin am 14. März 1928:

„Um jeden falschen Schein (...) zu zerstreuen (...) füge ich folgendes hinzu: Ich lehne nach sorgfältiger Prüfung des gesamten mir zur Sache vorliegenden Materials die Resolution entschieden ab. Ich halte sie nicht für geeignet, die Einheit, Geschlossenheit und Aktionskraft der Führung und der Partei als Ganzes herzustellen, sondern umgekehrt, sie wird das seither in dieser Beziehung Erreichte gefährden und zerstören. Sie bedeutet eine grundsätzliche Änderung [des] bisher verfolgten Kurses.“⁶³

Die Kritik an der Politik des ZK wurde vor allem in Gestalt der Forderung nach einem Aktionsprogramm deutlich. Die Partei hatte in den letzten Jahren ihren politischen Einfluss verstärkt. Sollten die Positionen ausgebaut werden, musste den tagespolitischen Aufgaben in einer nicht-revolutionären Zeit größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die nun einsetzenden Auseinandersetzungen verschärfen sich umso mehr, als sich auch außerparteiliche Entwicklungen (einsetzende Krise, faschistische Gefahr) damit verbanden. Auf dem VI. Weltkongress der Komintern (17. Juli - 1. September 1928) wurde der ultralinke Kurs bestätigt. Gegen diese Linie stimmten aus der deutschen Delegation Arthur Ewert, Paul Dietrich, Georg Schuhmann, Johannes Schröter und der Thüringer Delegierte Hans Tittel, der Bezirksleiter der Partei, der sich als Einziger in einer Rede offen gegen diese Auffassungen aussprach.

In Thüringen hatte die Bezirksleitung bereits vor dem IX. Parteitag in Essen (2.-7. März 1927) auf eine realistische Beurteilung der Lage gesetzt. Die Charakterisierung der SPD als „sozialfaschistisch“ wurde abgelehnt, die Mitarbeit in den Gewerkschaften zur Pflicht erklärt. Die Zustimmung der BL zu den Beschlüssen in Essen gründete sich auf die Verurteilung „ultralinker Abweichungen“, das Bekenntnis zur „Einheitsfronttaktik“ und die „Konzentration der Partei“.⁶⁴

Die Verurteilung ultralinker Politik blieb offensichtlich auch den Funktionären in Gera im Gedächtnis. So schrieben Goldammer und Scheffel rückblickend: „In ihrer Berichterstattung konnten die Geraer Delegierten, Gen. Stephan und Gen. Gießner, aufgrund der Einschätzung und Festlegung des 11. Parteitages darlegen, daß die Partei in Gera in den Auseinandersetzungen mit Ultralinken gut vorangekommen ist. In der Parteiorganisation in Gera, so schätzen sie ein, gibt es keinen Boden für diese Gruppierung.“⁶⁵

Nach dem Essener Parteitag gehörte Hans Tittel weiterhin zu denen, die ein Aktionsprogramm forderten, um die Verbindung zwischen Tageskampf und Endziellosung herbeizuführen.

Im Oktober 1928 befasste sich das ZK der KPD mit den Kritikern in Thüringen. Die Thüringer Politik in der Gewerkschaftsarbeit und die Ausnutzung der Linken in der SPD passte schon lange nicht mehr zu den Ansichten der Linken im ZK. Nach deren Meinung waren die „linken sozialdemokratischen Führer die gefährlichsten Feinde des Kommunismus und der Diktatur des Proletariats ...“⁶⁶ Die These vom „Sozialfaschismus“ der SPD beherrschte die politischen Ansichten.

Die Bezirksleitung Thüringens widersetzte sich den Anordnungen des ZK, und die Landtagsfraktion erklärte, weiter mit Hans Tittel zusammenarbeiten zu wollen. Erst im November 1928 konnte der Wille des ZK durchgesetzt werden: Hans Tittel wurde ausgeschlossen, Joseph Schmol-

ka, Sekretär für Gewerkschaftsfragen, zunächst nur versetzt. Proteste von der Basis kamen aus Erfurt, Weimar, Gera, Greiz und anderen Orten.

Mit der neu eingesetzten Bezirksleitung war es möglich, weitere Ausschlüsse zu vollziehen. Das traf im März 1929 die Landtagsabgeordneten Paul Fischer (Greiz), Hermann Schulze (Gera), Albin Tenner (Gotha) und Frieda Winkelmann (Gotha). Lediglich Richard Eyermann und Richard Zimmermann vertraten im Landtag weiterhin die Linie des ZK.

Den Führern der rechten Fraktion Heinrich Brandler und August Thalheimer gelang es unter Schwierigkeiten, 1928 nach Deutschland zurückzukehren. Ihre Mitarbeit in der Partei wurde abgeblockt und schließlich der Ausschluss beschlossen. Die Vertreter der Mittelgruppe waren bereits im Zusammenhang mit der Wittdorf-Affäre ihres Einflusses beraubt worden. Im Ergebnis dieser Entwicklung fanden sich am 30. Dezember 1928 74 Vertreter der Rechten zur Gründungskonferenz der KPD (Opposition) zusammen. Wichtige Bezirke waren vertreten, aber es fehlten auch viele Gebiete. Die Oppositionellen bekräftigten ihre Übereinstimmung mit dem strategischen Ziel der KPD, sahen jedoch in der Taktik der Partei eine Gefährdung der Ziele und der Partei selbst. Sie verstanden sich als eine organisierte Richtung, nicht als eine zweite KPD, und wollten für die Erneuerung der KPD wirken.

Im Widerstreit

„Von 1929 bis 1934 war ich außer einigen Gelegenheitsarbeiten arbeitslos. Dann arbeitete ich bis 1939 illegal als Anzeigenwerber, da ich keine Legitimationskarte von den Nazis bekam.“

Abgesehen von der Arbeit im Stadtrat bis 1932 war Hermann Schulze ab 1929 keineswegs arbeitslos. Von 1928 an war er aktiv in die Auseinandersetzungen innerhalb der KPD einbezogen. Neben Fritz Gießner war er in Gera der führende Kopf der rechten Opposition. Hinzu kamen die ständigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Justiz. So verurteilte ihn das Landgericht Gera wegen Widerstandes gegen die Polizei bei einer Erwerbslosenkundgebung zu vier Monaten Gefängnis. Die Verteidigung der Streikposten gegen Übergriffe der Polizei bei einem

großen Textilarbeiterstreik in Ostthüringen 1928/1929 brachte ihm Strafanträge und 1929 die Aberkennung der Landtagsimmunität ein. Vom Landgericht in Gera wurde er zu drei Monaten Haft verurteilt.

Der Streik der Ostthüringer Textilarbeiter bot die Möglichkeit, den neuen Kurs des ZK in der Gewerkschaftspolitik zu überprüfen. Am 2. März 1929 überschrieb die Zeitschrift der Opposition „Gegen den Strom“ ihren Bericht zum Streik mit den Worten „Die Pleite der Partei im Ostthüringer Textilarbeiterstreik“. Die Losungen der Partei würden am allerwenigsten von den Genossen wahrgenommen, die noch vor kurzem für die neue Linie auf dem Bezirksparteitag gestimmt hätten. Entgegen der Propaganda in der Parteizeitung zur Bildung von Streikleitungen aus den Reihen der Streikenden und der Bildung von Jugendkampfleitungen hätte die KPD Einfluss verloren.

Eine regionale Konferenz revolutionärer Textilarbeiter am 10. Februar zählte acht Teilnehmer und zwei Referenten, ihre Wiederholung am 12. Februar 1929 immerhin 20 Genossen. In Gera selbst brachte eine öffentliche Versammlung lediglich 91 Arbeiter zusammen, obwohl es 6.000 Streikende gab. In den Diskussionen der Bezirksleitung hatten sich Hermann Schulze und Paul Fischer trotz Redeverbots gegen die unsinnige Streiktaktik der Partei ausgesprochen.⁶⁷

Die Diskussionen über die richtige Politik der Partei erfasste 1928 die gesamte Parteiorganisation in Gera. In verschiedenen Zellen wurde darüber abgestimmt, welcher Linie zu folgen sei. Nach Informationen der rechten Opposition stimmten am 4. Januar 1929 in einer Ortsgruppe 48 von 75 Anwesenden für die Opposition, ebenfalls zwei Drittel einer Versammlung in Zwötzen. In der Zelle Untermhaus sprach Hermann Schulze gegen den Vertreter der Linken. Einstimmig soll sich die Zelle für die Opposition ausgesprochen haben.

Am 13. März 1929 erschien der durch das ZK als Bezirksleiter eingesetzte Nikolaus Pfaff zu einer Versammlung in Gera, die bis in die Nachtstunden (1.00 Uhr) dauerte. Spöttisch notierte die sozialdemokratische Zeitung „Tribüne“ am 14. März, dass Pfaff mit der Methode des Totredens agiere und eine zweite Versammlung notwendig wurde. „Der KPD Gera würden die Köpfe genommen.“⁶⁸

Wenig später organisierte Hermann Schulze eine Versammlung mit dem führenden Funktionär der Opposition Jacob Walcher. Danach stimmten von 160 Anwesenden 150 für die rechte Opposition.⁶⁹

Am 26. Januar 1929 hatte die KPD Thüringen ihren Bezirksparteitag durchgeführt. 18 Vertretern der Rechten standen 75 ZK-Getreue gegenüber. Nur durch Druck sei diese Mehrheit entstanden, schrieb die Opposition.⁷⁰ Hoyer (Arnstadt) sprach sich gegen eine Politik der Phrase aus, das jetzige ZK sei unfähig die Aufgaben zu erfüllen, Auer (Jena) wandte sich gegen die mechanische wirkungslose Antikriegspolitik der Partei. Kopp (Greiz) meinte, dass die leitenden Funktionäre zu unterschiedliche Auffassungen zur Gewerkschaftspolitik hätten. Die Parole „bildet Kampfleitungen“ würde von niemandem ernst genommen. Kopp verlangte Übergangslösungen und erklärte: „Ihr könnt uns aus der Partei werfen, ihr könnt uns aber nicht unsere kommunistische Überzeugung aus dem Herzen reißen.“⁷¹

Die Auseinandersetzungen wurden auch in die überparteilichen Organisationen getragen. Durch den Versuch, oppositionelle Kommunisten von der Führung zu entfernen und aus diesen Verbänden hinauszudrängen, kam es bis zu deren Spaltung. Auf dem 9. Gautag des „Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit“ in Erfurt vom 19. bis 20. Oktober 1929 versuchten die Linken, die Abwahl von Hermann Schulze durchzusetzen und ihn am Sprechen zu hindern. Das stieß auf Widerspruch, und die Zeitschrift „Gegen den Strom“ notierte dazu: „Die Opposition bleibt an der Spitze des Bundes.“⁷²

1930 endete die Beleidigung von Hermann Schulze in einer Sitzung des Sportkartells Gera durch den linken Vertreter Selbmann mit dem Ausschluss des letzteren. In einem wichtigen lokalen Gremium blieb die KPD ohne Vertretung.⁷³

Mit ihrer Gewerkschaftspolitik verlor die KPD in Gera immer mehr Einfluss. So konnte die Partei bei den Betriebsrätewahlen 1930 in der Textilindustrie bei 180 gewählten Vertretern lediglich neun Positionen besetzen.⁷⁴ In „Gegen den Strom“ vom 9. August 1930 untersuchte die Opposition die Auswirkungen des Gewerkschaftskurses in Thüringen und stellte fest: „Was in der kurzen Zeit des Ruth Fischer Kurses an kommunistischen Positionen in den Gewerkschaften zerstört wurde, konnte nur langsam wieder aufgebaut werden. Die Auswirkungen des ‚Offenen Briefes‘ zeigten sich im wachsenden Vertrauen zur KPD (...) Im Jahre 1926 hatte die Partei im Bezirk bereits wieder 130 Verbandszahlstellen und in 14 Ortsausschüssen eine absolute kommunistische Mehrheit. Ende 1926 waren es schon 145 Zahlstellen und 22 Ortsausschüsse.“⁷⁵ 1927 zählte man 23 Ortsausschüsse und 149 Zahlstellen unter Einfluss der KPD.

Die Ausschlüsse aus der KPD und die Auseinandersetzungen wirkten sich katastrophal auf die politische Wirksamkeit der Partei in Thüringen aus. 1927 soll die Mitgliederzahl in Thüringen bei 7.251 Genossen gelegen haben, sie sank im März 1930 auf 4.724. Gera zählte im gleichen Zeitraum 882 Mitglieder, diese Zahl sank auf 263. Ab 1931 erhöhte sich die Mitgliederzahl und erreichte 1933 mit ca. 800 Genossen fast die alte Stärke.

Im Gegensatz zu den Meldungen der Opposition beurteilten Goldammer und Scheffel die damalige Lage nicht dramatisch: „Unter Führung von Hermann Schulze jun. und Fritz Gießner wurde auch eine Gruppe der KPD(O) und unter Führung von Paul Mattei eine starke Gruppe des kommunistischen Jugendverbandes (Opposition) geschaffen.“ Es wird von 27 Abmeldungen und drei Ausschlüssen, im Jugendverband von 90 Abmeldungen und einem Ausschluss, berichtet. „Ein Teil der ausgetretenen Genossen kam schon nach wenigen Monaten wieder zurück zur Partei und zum Jugendverband.“⁷⁶

Exakte Zahlen zur Mitgliederstärke der KPD(O) liegen nicht vor. 1929 wurden für Thüringen 500 Ausschlüsse angegeben. In Gera soll eine starke Gruppe bestanden haben. Nach Zeitungsmeldungen bestanden drei Zellen.

Für das Reich gibt Theodor Bergmann für 1929 5.112 Mitglieder in 169 Ortsgruppen an, für 1930 6.085 Genossinnen und Genossen in 200 Ortsgruppen. Als mitgliederstärkster Bezirk wird Thüringen mit 29 % in 37 Ortsgruppen genannt.⁷⁷

Die Stärke der Opposition in Thüringen war wohl auch der Grund dafür, dass die II. Reichskonferenz der KPD(O) vom 19.-20. Oktober 1929 in Weimar ausgerichtet wurde.

Am 1. und 2. Februar 1930 tagte in Gera die 2. Reichskonferenz der kommunistischen Jugend-Opposition. Neben dem Genossen Jurr von der Reichsleitung der Jugend und Heinrich Brandler von der Reichsleitung der KPD(O), begrüßte Hermann Schulze als Vertreter der Geraer Ortsgruppe die Delegierten, die 1.000 eingeschriebene Mitglieder vertraten.

Von der Arbeitsfähigkeit der Opposition in Ostthüringen zeugte auch die der 16. Internationale Jugendtag am 6. und 7. September 1930 in Greiz. Unter Führung von Walter Kopp hatte sich auch eine starke Gruppe der KPD(O) in Greiz gebildet. (Nach 1933 bekam diese durch die Organisation des illegalen Transports von Personen und Materialien über die Grenze eine Schlüsselstellung für die Widerstandsgruppen in Thüringen

und Berlin.) Die Opposition sprach von einem vollen Erfolg und 1.000 Teilnehmern zur Abschlusskundgebung.

Insgesamt gab es in dieser Zeit eine hohe Fluktuation in den Parteien. Der erneute Zustrom in die KPD ab 1930/1931 war eng mit den sozialen Auswirkungen der Krise verbunden. Die rechte Opposition der KPD konnte davon nicht profitieren. Vor allem junge Arbeiter begannen, politisch aktiv zu werden. Dieser Gruppe lagen wohl die Streitigkeiten in der KPD zu fern, die tagtäglichen Nöte verlangten vor allem Widerstand.

Neben den demokratisch gesinnten Teilen des Bürgertums besaß die Arbeiterbewegung die stärksten Widerstandspotenzen. Die SPD mit ungefähr einer Million Mitgliedern, einem Wählerpotenzial von acht bis neun Millionen Stimmen, entsprechendem Einfluss in den Gewerkschaften und im Besitz der Regierungsgewalt in Preußen, verfügte über bedeutende Machtmittel. Mit ihrer Begrenzung auf parlamentarisches Handeln, mit angeblichen diplomatischen Kompromissen einer abwartenden Haltung und der „Politik des kleineren Übels“ konnte sie jedoch keine wirkungsvollen Kräfte entwickeln. Die Verbindung des Kampfes in den Institutionen mit dem Massenkampf auf der Straße lag außerhalb der Vorstellungen ihrer Führung und führte zum Widerspruch in der Mitgliedschaft. Oppositionelle Mitglieder sammelten sich in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP).

In Gera war die Tradition der USPD von 1920/1922 lebendig geblieben. Lediglich eine kleine Gruppe der SAP bildete sich hier.

Zeitgleich mit der Krise in der KPD begann der Aufstieg der Faschisten. Wie die SPD und andere demokratische Kräfte unterschätzte auch die KPD zunächst diese Gefahr. Ein Ausdruck dieser Unterschätzung war die These vom „Sozialfaschismus“ der SPD.

Alle politischen Kräfte hatten eine Antwort auf die tiefer liegenden sozial-ökonomischen Entwicklungsprozesse zu finden. Das gelang aus heutiger Sicht weder der SPD noch der KPD. Sowohl die übersteigerte Gewissheit der KPD vom Heranreifen einer neuen revolutionären Situation, die zu einem Sowjetdeutschland geführt werden sollte, als auch das Beharren der SPD auf dem Erreichten erwiesen sich als Sackgasse.

Seit dem Antritt der Regierung Brüning und der Diktatur der Notverordnungen suchte der rechtskonservative Block verstärkt nach der Strömung und Partei, welche am besten geeignet war, die volle Macht der Reaktion zu übernehmen. SPD und KPD blockierten sich gegenseitig.

Die NSDAP konnte mit der Wahl 1929 in Thüringen den ersten faschistischen Minister installieren, der seine Position voll ausnutzte, die demokratischen Kräfte zu drangsalieren. Es folgte nach kurzem Umweg die faschistische Landesregierung unter Sauckel. Im Mai 1932 bekam Gera einen Sparkommissar, der den Stadtrat und Oberbürgermeister entmachtete.

Die verschiedenen Gruppen der Arbeiter in Gera versuchten immer wieder eine Aktionseinheit herzustellen. So rief die KPD(O) 1930 zur Teilnahme an der Maiveranstaltung des ADGB auf. Die separate Demonstration der KPD mit 350 bis 400 Teilnehmern konnte gegen die 5.000 bis 6.000 Teilnehmer der Erstgenannten nicht überzeugen.

In Weimar demonstrierten KPD und KPD(O) gemeinsam. In Greiz sah man KPD, KPD(O) und SPD in drei separaten Zügen mit 150, 150 und 500 Teilnehmern. Auch 1931 gelang kein einheitliches Auftreten.

Am 28. Oktober 1931 sprachen Heinrich Brandler und Hermann Schulze gemeinsam in Gera. Anwesende Genossen der KPD fühlten sich wohl durch ihren erneuten Zulauf bestärkt, und Max Keppel, nunmehr Ortspartei sekretär der KPD, bezeichnete die Opposition als „kleines Häufchen Renegaten“.

Der ständige Polizeiterror veranlasste die Basis jedoch auch zu realen Aktionsbündnissen, so in den Wanderabteilungen der Sportler in Zwätzen. Hier vereinten sich Genossen der KPD, KPD(O) und SPD zur Abwehr der faschistischen Gefahr. In einer Versammlung freigewerkschaftlicher organisierter Arbeitsloser beantragte der Ortspartei sekretär der SPD, Robert Giebler, dass der ADGB sich an die Parteien wenden sollte, den Bruderkampf einzustellen.

Laut Goldammer/Scheffel war es besonders der Aufruf von Hermann Schulze, der die Parteien bewog, sich am 4. Juli 1932 in der Gaststätte „Grüne Aue“ zu treffen. Die KPD hatte zur Errichtung der Einheitsfront von unten aufgerufen, und Schulze forderte eine Zusammenkunft der Parteien zum Thema „Schaffung der proletarischen Einheitsfront“.⁷⁸ Zu festen Vereinbarungen kam es wiederum nicht. Vorwürfe und Vorbehalte blockierten die Verständigung.

Größere Übereinstimmungen entwickelten sich wieder zwischen KPD und KPD(O) in Gera. Goldammer/Scheffel berichteten von zwei gemeinsamen Versammlungen am 5. Juli 1932. In der Turnhalle Zwätzen sprachen Fritz Gäbler, KPD und Edwin Bergner, KPD(O) in Untermaus, Max Keppel KPD und Paul Matthei, KPD(O). Auch die gemein-

same Demonstration am 1. Mai 1932 hatte KPD und KPD(O) in Gera vereint.

Als am 26. Juli 1932 Hitler in Gera auftrat, spielte die Parteizugehörigkeit keine Rolle. „... In Gera stieß Hitler auf den erbitterten Widerstand der Arbeiter. Als ... sich (Hitler) ... vom Flugplatz Tinz in Richtung Schützenplatz bewegte, waren die Straßen voll von aufgebrachten Arbeitern.“⁷⁹ Ihr Protest war eindeutig, und er blieb lange im Gedächtnis der Bevölkerung.

Von demokratischen Verhältnissen konnte man 1932 unter der Diktatur des Sparkommissars in Gera nicht mehr sprechen. Wärme- und Lesehalle wurden geschlossen, die Volksbäder ebenso, die Weiterversicherung der Arbeitslosen, Erholungskuren für geschädigte Kinder, Unterstützungen für Bedürftige fielen dem Rotstift zum Opfer, Mitarbeiter der Stadt wurden entlassen bzw. im Gehalt zurückgestuft.⁸⁰

Die planmäßige Arbeit des Stadtrates wurde untersagt und keine Tagung zugelassen. In dieser Situation organisierte die linke Stadtratsmehrheit eine Bürgerversammlung, zu der sie in die Gaststätte Heinrichsbrücke ausweichen musste, da ihr der Zutritt ins Rathaus verwehrt wurde. Die Versammlung geriet zum eindrucksvollen Protest der Geraer Arbeiterschaft und der demokratischen Kräfte. Beide Säle waren überfüllt, viele fanden keinen Einlass.

Die bürgerlichen Fraktionen im Stadtrat hatten es abgelehnt, offiziell teilzunehmen und stellten ihren Mitgliedern die Teilnahme frei. Die inzwischen erstarkte NSDAP entsandte Mitglieder, SA-Mitglieder erschienen in Uniform. Das Übergewicht der kampfbereiten Arbeiter machte jedoch provokatorische Absichten zunichte.

Als Redner traten der Stadtratsvorsitzende Robert Giebler, SPD) sowie die Stadträte Fritz Gießner, KPD(O), Hermann Schulze, KPD(O) und Rudolf Spörl, SPD, auf: Sie geißelten in ihren Ansprachen die Politik der Landesregierung und insbesondere die des Sparkommissars. Dem Kreisleiter der NSDAP, Engelstädter, war Rederecht eingeräumt worden. Ein Zeitungsbericht sprach von dadurch hervorgerufenen Lachstürmen und schrieb: „Hermann Schulze, der sich besonders den kleinen Gernegroß Engelstädter und den Zinnsoldaten vorband (eine Anspielung auf den späteren faschistischen Oberbürgermeister) ... machte eine Bemerkung, die dem überwachenden Polizeihauptmann, Zänker – nach unserer Auffassung unberechtigterweise – Anlaß bot die Versammlung aufzulösen“⁸¹

Die Niederlage blieb lange im Gedächtnis der Nazis haften. Als die NSDAP ein Jahr später ihr zehnjähriges Bestehen in Gera feierte, ging der „Geraer Beobachter“ nochmals auf diese Versammlung ein, münzte sie in einen Sieg um und machte die Redner der Linken verächtlich. Offen wurde gedroht: „... ganz schlechte Rasse, zur Sterilisierung vorge-merkt ...“⁸²

Wie andere Funktionäre geriet auch Hermann Schulze 1932 wieder ins Visier der Polizei. Anlass war das Tragen eines verbotenen Arbeitersportabzeichens und Widerstand gegen den Gendarm. Das Sondergericht in Weimar sprach eine dreimonatige Gefängnisstrafe aus.⁸³

Widerstand

„Ab 1933, nach der Entlassung aus dem KZ Bad Sulza, leistete ich Widerstandsarbeit mit der linkssozialistischen Gruppe Schöneburg, Fuchs, Passerat ...“

Die vorhandenen Quellen geben keine konkrete Auskunft darüber, wie Hermann Schulze den 30. Januar 1933 erlebt hat. Im Lebenslauf gibt er an, im Oktober 1932 nach einer Verhaftung in der Untersuchungshaftanstalt Gera eingewiesen zu haben. Ungenau sagt auch der Nebensatz: „... anschließend Bad Sulza“. Dass zwischen der Untersuchungshaft in Gera und dem KZ-Aufenthalt noch weitere Geschehnisse liegen, ergibt sich aus den rekonstruierbaren Abläufen.

Das Thüringer Polizeipräsidium berichtete am 1. Juli 1933 in der Presse über die Verbreitung von Flugblättern hetzerischen politischen Inhaltes.⁸⁴ In einem weiteren Bericht heißt es am 5. Oktober 1933 unter der Überschrift „Marxistische Sudelzeitung“, dass sechs Funktionäre der Linken als Geiseln verhaftet wurden.⁸⁵ Die Meldung wurde am 6. Oktober 1933 mit der Drohung wiederholt: „Falls die Schrift weiter erscheint, so ist noch mit weiteren polizeilichen Maßnahmen zu rechnen.“⁸⁶ Es ging hier um die illegal herausgegebene Zeitschrift „Der Marxist“ der Gruppe Greidinger, Schöneburg u.a.

Nach den Meldungen wurden in Sicherungsverwahrung genommen: „Parteisekretär Robert Giebler (SPD), ehemaliger Landtagsabgeordneter

Arthur Schöneburg (SPD), ehemaliger Bezirksführer Louis Narjork (SPD), ehemaliger Redakteur Max Fuchs (SPD), Schlosser Hermann Schulze (früher KPO, zuletzt SPD), Schlosser Friedrich Gießner (Ortsführer KPD(O)).⁸⁷

Damit wurde deutlich: Hermann Schulze hatte seinen politischen Standort verändert. In den nach 1945 ausgefüllten Fragebögen (1946, 1947) bestätigt Schulze den Sachverhalt.⁸⁸ Welche Probleme hatten Hermann Schulze veranlasst, in die SPD überzutreten? Er selbst nahm dazu nicht Stellung, und es fehlen auch Angaben aus anderen Quellen. Eine Antwort findet sich vielleicht in der politischen Situation 1932/1933.

Seit 1929 trat die KPD(O) mit dem Anspruch an, die ultralinke Politik der KPD zu bekämpfen. 1932 wurde die Erfolglosigkeit deutlich. Weder zur SPD („Sozialfaschisten“) noch zu den Gewerkschaften (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) hatte die KPD eine grundsätzlich andere Haltung, von Schwankungen und Haltungen einzelner Funktionäre abgesehen. Die selbstgestellte Aufgabe, die aufgegebenen Positionen der KPD auszufüllen, konnte nicht bewältigt werden.

Die Mitgliederzahl stagnierte, fehlende Finanzen engten den Bewegungsspielraum ein. Die Mitgliedschaft der KPD(O) diskutierte laufend die Perspektiven ihrer politischen Konzeption. Als die Unzufriedenheit einer Gruppierung in der SPD zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) führte, war das Anlass für eine Gruppe in der KPD(O), über einen anderen Weg nachzudenken.⁸⁹ Unter Führung von Jacob Walcher schlossen sich Mitglieder der KPD(O) der SAP an.

Diese Auseinandersetzungen hatten zweifellos auch die Genossen in Gera erreicht, wo es in der SPD ein größeres kritisches Potential gegenüber der eigenen Parteiführung und deren Politik gab.⁹⁰

Die Unzufriedenheit erreichte 1932/1933 ihren Höhepunkt, und die Organisation einer neuen UBL der SPD 1933 wurde durch die jüngere Generation vollzogen, die auch nach einer neuen politischen Konzeption suchte („Neu Beginnen“).

Herbert Frister, Jack Greidinger, Arno Groß, Ernst Heyer, Ernst Küspert, Fritz Roth, Arthur Schöneburg und Karl Wetzel bildeten die neue illegale Leitung. Die politische Leitung lag vor allem in den Händen von Greidinger und Schöneburg, während Frister und Wetzel die organisatorischen Fäden in den Händen hatten.⁹¹ Nach 1945 erinnerten sich Frister, Greidinger und andere an mehrere Verhandlungen zwischen SPD, KPD und KPD(O).

Eine enge Verbindung entstand in Greiz zwischen der KPD(O) und der SPD. Unter Führung von Walter Kopp entwickelte die KPD(O) viele Aktivitäten, um die Kuriertätigkeit über die Grenze zu gewährleisten.

Bis 1935 arbeiteten die illegalen Gruppen vor allem auf der Basis der früheren Parteizugehörigkeit. Als Führungsperson wird Hermann Schulze in diesem Zusammenhang nicht genannt. Frister schrieb: „Fritz Gießner war der Kopf der illegalen KPD(O) in Gera.“⁹²

Im Sommer 1933 fertigte die illegale Gruppe der SPD das erste Heft des „Marxist“ an. Den größten Teil der Beiträge schrieb Jack Greidinger. Es existiert vermutlich kein Exemplar des „Marxist“ mehr. Die Zeitungsmeldungen der Nazis enthalten einige Angaben zum Inhalt. Als Ausgabeort wird Berlin genannt, der Umfang wird mit acht Seiten angegeben, und es werden die Worte zitiert: „Aus den Trümmern, gilt es eine neue proletarische marxistische Bewegung zu schaffen, die alle klassenbewussten Proletarier umfasst, lasst das Gezänk der letzten Monate (...) der Mangel am wirklichen lebendigen politischen Marxismus war es, der die Niederlage der SPD Partei so verheerend gestaltete.“⁹³ Weiter vermeldet der „Geraer Beobachter“: „Aus Kreisen der ehemaligen SPD und KPD wird der Marxismus verbreitet ...“ Es würden außen- und innenpolitische Fragen behandelt und „ganz besonders Geraer Verhältnisse. Hetzwerk übelster Sorte.“⁹⁴

Die Ende 1933 durchgeführten Festnahmen erfolgten ohne Beweise und Kenntnisse über die Urheber. So wurden auch alle mit Hermann Schulze Genannten nach relativ kurzer Zeit wieder freigesetzt. Die Zusammenarbeit von Genossen der SPD und Kommunisten ermöglichte das Weitererscheinen des Blattes und suggerierte der Polizei – offensichtlich mit Erfolg –, nicht die Richtigen inhaftiert zu haben.

Max Keppel, der ebenfalls in diesem Zusammenhang in „Sicherungsverwahrung“ genommen wurde, beschrieb nach 1945 sein Zusammentreffen mit Hermann Schulze. Keppel wurde am 23. Oktober 1933 erneut verhaftet und ging nach zwei Wochen auf Transport. „... auf einmal ist Hermann Schulze bei uns. Obwohl wir ihn in unserem Kreis aufnehmen, lassen wir ihn deutlich fühlen, daß er politisch nicht zu uns gehört.“⁹⁵ Ende des Jahres 1933 erfolgten Entlassungen aus Bad Sulza. Hierzu wieder Max Keppel: „Schulze, der sich auf dem Heimwege anbiedern wollte, erklärten wir: Die Wege trennen sich, wir haben mit Dir nichts gemein.“⁹⁶

Zu den Häftlingen in Sulza in diesem Zeitabschnitt gehörten die Antifaschisten Willy Blumstein, Kurt Bruchmann, Erich Lobert, Alfred Salitaer, Walter Schulze, Paul Vogel aus Gera.⁹⁷

Die Gruppe der SPD wurde im August 1934 von einer zweiten Aktion der Faschisten getroffen. Der politische Kopf der illegalen Gruppe hatte Kontakt zur illegalen Organisation „Neu Beginnen“ in Berlin und zu einer Leipziger Gruppe aufgenommen. Über Dresden gelang es der Polizei, die Leipziger Organisation auszuschalten. Ein Verräter aus Leipzig wies den Weg nach Berlin und Gera. Im Februar 1935 standen Ella Breinfeld, Jacob Greidinger, Hans Hellmich, Ernst Heyer, Erna Kalwach und Arthur Schöneburg vor Gericht. Greidinger, Heyer und Schöneburg erhielten mehrjährige Zuchthausstrafen.

Der Bestand der wohl größten und bedeutendsten linkssozialistischen illegalen Gruppe in Ost- und Mittelthüringen wurde dadurch nicht in Frage gestellt.⁹⁸ Auch als Frister in einem anderen Zusammenhang festgenommen wurde, zeigte sich ein klug abgestimmtes Verhalten, das den Bestand der Organisation sicherte. Noch Ende 1945 verfügte die Gruppe über einen organisatorischen Zusammenhalt und finanzielle Mittel.

Die Zeit von 1933 bis 1939 beschreibt Hermann Schulze so: „Ab 1933, nach der Entlassung aus dem KZ Bad Sulza, leistete ich Widerstandsarbeit mit der linkssozialistischen Gruppe Schöneburg, Fuchs, Passerat usw. (...) Nach der Wiederverhaftung des Genossen Schöneburg unterstützte ich die Familie in vielen Dingen, ebenso andere Familien. In der Folgezeit [gab es] mehrere Hausdurchsuchungen bei mir (...) und kurze Verhaftungen.“⁹⁹

1939 wurde Schulze „mit entsprechendem Vermerk in den Papieren“ zur Wehrmacht geholt. Im Lebenslauf heißt es dazu:

„1940 stand ich schon vor dem Divisionsgericht in Gera, denunziert wegen abfälligen Äußerungen. Den Denunzianten habe ich nach 1945 der Polizei gemeldet. 1941 in Weilburg ebenfalls wegen meiner Gesinnung an die Gestapo Kassel denunziert. Verhaftung und Abtransport ins Strafbataillon. Von dort kam ich 1941/42 zur Bewachung von Kriegsgefangenen nach Tambach Dietharz auf ein Kommando mit 400 englischen und französischen Kriegsgefangenen.

Ich habe diese gegen jede Schikanen der Arbeitgeber in Schutz genommen. Ich gab ihnen die Möglichkeit einen versteckten Radiosender zu bauen und mit diesen Nachrichten abzuhören und gewährte ihnen jede

mögliche Freizügigkeit (sportliche Betätigung und Veranstaltungen, Aufbau von Kulturgruppen im Lager usw.) gegen den Widerstand des dortigen Nazi-Ortsgruppenleiters.

Die Frau eines französischen Gefangenen, die sich aus dem Elsass nach Deutschland durchgeschlagen hatte, um ihren Mann zu suchen, habe ich drei Tage in meinem Zimmer versteckt und ihr die Möglichkeit gegeben, sich dort mit ihrem Mann und einigen Vertrauensleuten der Kriegsgefangenen zu treffen und auszusprechen.

Außerdem hatte ich dort Verbindung mit alten KPD- und SPD-Genossen, die mich aus meiner früheren Tätigkeit her kannten.¹⁰⁰

Weiter schreibt Schulze: „Es folgten Durchsuchungen im Kommando von Gestapo und Offizieren aus Kassel. Die Kriegsgefangenen und meine Kameraden hielten dicht. Ich wurde abgelöst und strafversetzt.

Ich kam nach Arnstadt auf ein Kommando mit 700 französischen Kriegsgefangenen. Hier baute ich mir die gleiche Verbindung zu den Gefangenen auf und leistete ähnliche Arbeit wie auf dem vorigen Kommando. Ich hatte auch hier Verbindungen zu alten Genossen aus Arnstadt.

1943 wurde das Kommando umstellt, durchsucht und ich verhaftet. Ich kam ins Arnstädter Gefängnis. Hier nahm ich Verbindung auf mit Hermann Schwarzbild, der ebenfalls im Gefängnis saß. Dann kam ich nach Naumburg ins Militärgefängnis, über 9 Monate Untersuchungshaft.

Der dortige Unteroffizier war Kommunist und sein Helfer aus der kommunistischen Jugend Chemnitz. Das bekam ich nach Wochen heraus, und sie haben mir für den weiteren Verlauf viel geholfen. Ich erfuhr von ihnen vieles, ich ließ meine Frau illegal nach dort kommen und erfuhr das Ergebnis der Haussuchungen usw. Das alles war ja so wichtig für den Prozess vor dem Kriegsgericht.

April 1944 Kriegsgericht in Erfurt. Untersuchungshaft als Strafmaß, weitere Strafansetzung der Kompanie übertragen.

Ich kam an den Ortssitz der Kompanie nach Gotha, von dort auf ein Kommando zur Bewachung russischer Kriegsgefangener in Gotha, wo ich bis Kriegsende war. Neben dem Gefangenenlager war ein Zivil-Lager von 400 polnischen und russischen Mädchen, die zur Zwangsarbeit beordert waren. Während der Luftangriffe und nächtlichen Fliegeralarm ermöglichte ich den russischen Gefangenen Zusammenkünfte mit den Mädchen.

Obwohl es nach den Dienstvorschriften verboten war, russische Kriegsgefangene im Freien arbeiten zu lassen, besorgte ich ihnen Arbeitsplätze

in Gärtnereien und in einer Bäckerei, wodurch sie sich zusätzliche Lebensmittel beschaffen konnten, ebenso durch Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen in Fleischereien usw.

Nach der Besetzung Gotha wurde ich von den russ. Kriegsgefangenen und Mädchen zum Stadtkommandanten geleitet, wo sie meine Freistellung von der Gefangenschaft und sofortige Entlassung in die Heimat forderten, was mir nach eingehender Aussprache gewährt wurde. Sie bestätigten mein Verhalten ihnen gegenüber in einem Schreiben, was bei meinen Akten liegt.

Bemerken möchte ich noch, dass ich, meine Frau und Tochter während der ganzen Nazizeit jede Beteiligung an deren Veranstaltungen und Organisationen abgelehnt haben, trotz aller Schikanen und Drohungen.

Wir haben nicht ein einziges Mal eine Fahne oder Schmuck am Haus gezeigt, meine Tochter beteiligte sich nicht an der Hitler-Jugend. Wir haben in jeder Art Widerstand geleistet. Das alles kann durch Zeugen bestätigt werden.

Zusammengefasst – Ich habe aus dem Stegreif einiges aus meinem Leben geschildert. Die Tatsachen stimmen. Datumsmäßig ist nach so langer Zeit aus dem Gedächtnis nicht alles an den Tag gebunden. Wo nähere Auskunft oder Zeugen gewünscht werden, stehe ich zur Verfügung.
Hermann Schulze.¹⁰¹

Neubeginn

„Nach 1945 war ich Bezirksbürgermeister in Untermhaus, ... Im Dezember 1950 wurde ich aus der Partei ausgeschlossen.“

Hermann Schulze kehrte vermutlich Mitte 1945 nach Gera zurück. Hier hatten sich die früheren Kampfgefährden inzwischen gesammelt, um die dringendsten Aufgabe zu lösen. Der alte Bruderzwist sollte begraben, die Nazis aus den Institutionen entfernt und die elementaren Lebensbedürfnisse gesichert werden. Fritz Gießner war im Herbst 1944 aus dem KZ Buchenwald entlassen worden und hatte bereits vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen ehemalige Mitglieder der Arbeiterparteien um sich geschart. Diese Gruppe orientierte mit einem Flugblatt auf die kampflose Übergabe der Stadt.¹⁰²

Am 14. April 1945 besetzten die Truppen der USA die Stadt, und am 18. April versammelten sich die „Aktivisten der ersten Stunde“, ca. 20 Genossen von KPD, KPD(O) und SPD, um über die Lage zu beraten.¹⁰³ Nach der Befreiung der Häftlinge in den Konzentrationslagern und Gefängnissen erweiterte sich der Kreis, und es stießen auch bürgerliche Demokraten dazu. Sie bildeten im August 1945 den „Antifaschistisch-demokratischen Block“ der Parteien, der noch im gleichen Monat Ortsteilbürgermeister einsetzte, so z.B. für Untermhaus Hermann Schulze.¹⁰⁴

Vor welchen Aufgaben diese Gremien standen, wurde in den Worten des eingesetzten Oberbürgermeisters, Dr. Rudolph Paul, bei der ersten Stadtratssitzung deutlich: „Vor 12 Jahren war Gera noch eine blühende Stadt mit Handel und Wandel, gesundem Transportwesen, mit Menschen, die fröhlich waren. Gewiß lag auf Gera, wie auf jeder Stadt in Deutschland, ja wie auf jeder Stadt in der Welt, eine Arbeitslosigkeit, eine Zeiterscheinung der damaligen gesamten Welt. Ganze 12 Jahre bestand das ‚Tausendjährige Reich‘. Ich komme wieder, und ich finde eine Stadt, die in ihrem Inneren, in ihrem Kern, die in ihrem Herzen zerstört und zerschlagen ist. Ich finde eine Stadt, wo es Mühe hat, Züge hinauszubekommen und Züge herein zuleiten, eine Stadt, in der Tausende und aber Tausende ohne Wohnung sind. Ich sehe in der Straße fremde Truppen, und ich sehe überall innere und äußere Not. Es ist eingetreten, was ich seit 1923, sprich 10 Jahre vor dem Antritt der Naziregierung, gesehen und gefürchtet habe ...“¹⁰⁵

Trotz angeschlagener Gesundheit integrierte sich Hermann Schulze in das politische Leben zum Aufbau einer neuen Gesellschaft. Die Tochter berichtet von einer Aktion, bei der er die noch in der Stadt verbliebenen Nazis anschrieb und zu Arbeitseinsätzen aufforderte. Es galt, die Trümmer zu beseitigen. Damals soll eine Senke auf dem heutigen Biermannplatz damit aufgefüllt worden sein. In Erinnerung blieb Zeitzeugen sein Einsatz für Flüchtlinge, Notleidende und Wohnungslose. Heizmaterial, Nahrungsmittel, Unterkünfte waren nicht ausreichend vorhanden. Mit Witz und Humor hätte er im Stadtrat wie überall nach Lösungen gesucht. Die frühere Begeisterung für den Sport hielt an – als Leiter des Sportamtes baute er den Geraer Sportbetrieb maßgeblich mit auf.¹⁰⁶

Hermann Schulze wurde Vertrauen entgegengebracht. Als Delegierter der SPD nahm er am Vereinigungsparteitag 1946 in Gotha teil. Bei der ersten Kommunalwahl wurde er Stadtverordneter und später Vorsitzen-

der des Wohnungsausschusses. Dort standen besonders schwierige Aufgaben an. In der Stadt waren ca. 2.000 Wohnungen zerstört oder schwer beschädigt, und ungefähr 20.000 Flüchtlinge mussten eingegliedert werden. Die Einwohnerzahl Geras stieg auf 94.820.

Es gab jedoch auch andere Probleme. Das tägliche Leben wurde auch von den Interessen der Besatzung dominiert. Die Rechtslage war unsicher. Gerüchte und Verleumdungen wurden oft benutzt, um alte Rechnungen zu begleichen. Dazu berichtet Karl-Heinz Petzke: „... ein Kurt Kl. (verleumdete) den Schuhmacher Knauer als Mitarbeiter der Gestapo, Dr. Heß als SS-Angehörigen, und Hermann Schulze [wurde] der Begünstigung ehemaliger Nazianhänger bei Strafeinsätzen beschuldigt.“ Dr. Heß wurde daraufhin 1946 „nach Stettin in ein Flüchtlingslager strafversetzt.“ Für weitere Beschuldigte hatten die Anzeigen – dank Nachprüfungen des Geraer Polizeidirektors Walter Schack in Weimar und des Antifa-Blockes Gera-Lusan – keine Folgen. Es wurde eingeschätzt, dass Kl. sich „von persönlichen Motiven leiten lasse“ und selten den Wahrheitsnachweis antreten könne.“¹⁰⁷

1948 vollzogen sich politische Prozesse, die den bisherigen Status quo in Deutschland aufzulösen begannen. Die Interessen der Großmächte traten stärker in den Vordergrund und beeinflussten die Entwicklung in den Besatzungszonen. Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Widersprüche orientierten sich die USA auf ein starkes Engagement in Europa. Der angenommenen Bedrohung durch die neu entstandene Weltmacht im Osten sollte auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Basis aller Aktivitäten wurde der Marshallplan.

Im Jahr 1948 erfolgte die separate Währungsreform in den Westzonen, die die Berlinkrise auslöste. Am 23. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat in Bonn das Grundgesetz der zukünftigen Bundesrepublik. Damit wurde die Spaltung vollzogen. Unter den Bedingungen der Gegensätze der Weltmächte erfassten die verschiedenen Interessen alle Bereiche der Politik, Ökonomie, Kultur und Ideologie. Ein neuer Krieg schien möglich. Damit verstärkte sich die Einflussnahme der Besatzungsorgane.

Das verband sich mit den Interessen der Genossen aus der KPD, die im sowjetischen Partei- und Gesellschaftsmodell die Zukunft sahen. Folgerichtig wurde die Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“ nach sowjetischem Vorbild propagiert.

Unter denkbar ungünstigen Bedingungen wurden die Auseinandersetzungen über die politischen Ziele geführt. Die Abgrenzung der Zonen zeigte die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Austausch mit dem Westteil. Ein Anteil an Reparationslieferungen bzw. Zahlungen aus dem Ruhrgebiet an die Sowjetunion wurde von den Westmächten vereitelt. Der Zugriff der Sowjetunion konzentrierte sich nun auf ihre Besatzungszone.

Der Hungerwinter 1946/1947 wirkte nach. Ungelöste Versorgungsprobleme, ungenügende Produktivität, Repressionen und Übergriffe der sowjetischen Armee, Reparationslieferungen und Demontagen beeinträchtigten das politische Klima und wurden der Besatzung und der SED angelastet.

Anhand der Resolution der Kreisdelegiertenkonferenz in Gera vom 14. November 1948 lässt sich nachvollziehen, wie die Akteure vor Ort versuchten, die zentralen Vorgaben umzusetzen und gleichzeitig eine realistische Einschätzung zu geben. Es wurde eine ideologisch klare und einheitliche Linie für den „Aufbau einer realen Demokratie“ beschworen, „... aus der sich eine sozialistische Gesellschaftsordnung in Deutschland entwickeln kann.“ Gefordert wurde die „Verwirklichung einer fortschrittlichen Demokratie“, die Führung durch die politische Partei der Arbeiterklasse und die Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion im Kampf um Frieden und Demokratie. In der Resolution hieß es: „Es soll nicht bestritten werden, daß unsere Partei im Kreisgebiet bei dieser Aufklärungsarbeit gewisse Erfolge zu verzeichnen hat, jedoch ergibt sich aus der Stimmung der Bevölkerung in dieser Hinsicht, die ihren Widerhall auch in den Reihen unserer Partei findet, die Tatsache, daß hier noch eine gewaltige Arbeit geleistet werden muß. Die Propaganda der monopolistisch-imperialistischen Kräfte und all ihrer Helfershelfer vom Schlage der Führer der SPD im Westen ist unter Anwendung alter und neuer Methoden, deren klassenverräterische Tendenzen von der großen indifferenten Masse oft nicht erkannt werden, darauf abgerichtet, die Klassengegensätze zu verwischen, die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte des Volkes irre zu führen, um damit eine Basis für die Verwirklichung ihrer Ziele zu schaffen. Eine zügellose Propaganda des amerikanischen Dollarimperialismus für den europäischen Wiederaufbauplan (Marshall-Plan, welcher zur Versklavung und zum Kriege führt) zeigt, daß unter dem Eindruck scheinbarer Verbesserungen der materiellen Lebensbedingungen für die Bevölkerung der westlichen

Besatzungszone große Teile unseres Volkes dieser Propaganda unterliegen und damit in eine feindliche Haltung gegenüber der Sowjetunion hineingetrieben werden. Es muss mit aller Offenheit darauf hingewiesen werden, daß solche Stimmungen auch bei uns noch vorhanden sind, die zwar nicht zum Ausdruck kommen durch ein offenes Eintreten für den Marshall-Plan, die sich aber in einer Kritik an der Besatzungsmacht hinsichtlich des Ernährungsproblems und einer Reihe anderer Fragen sehr deutlich äußern. Es zeigt sich dabei insbesondere, daß von Teilen unserer Parteimitglieder oft eine völlig ungenügende und unklare Haltung eingenommen wird und daß auch Funktionäre unserer Partei sowjetfeindlichen Angriffen nicht entgegentreten, sondern sich defensiv verhalten und damit der antisowjetischen Hetze Vorschub leisten.“¹⁰⁸

Der vergleichsweise moderate Ton der wahrscheinlich direkt von Arthur Schöneburg verfassten Resolution orientierte auf die Entwicklung der Partei zu einer „Partei neuen Typus“. Damit begann ein grundlegender Umbruch, dessen Ergebnis die nächsten 40 Jahre bestimmte.

Verbunden wurde die Diskussion mit der Forderung nach mehr Wachsamkeit gegenüber „Klassenfeinden“ und „zersetzenden und korrupten Elementen“, die in die Partei eingedrungen seien, weswegen diese „gesäubert“ werden müsse.¹⁰⁹ „Der Kreisvorstand behandelte im Dezember 1948 17 Anträge auf Parteiausschluss, darunter von Mitgliedern, die schon 1945/1946 aktiv am antifaschistischen Aufbau mitgewirkt hatten (...) Parteiverfahren gegen die Genossen Schaub und Stahn, beide aktiv in der Volkskongressbewegung, wurden zunächst abgelehnt. Ebenfalls ein Ausschluss von Hermann Schulze, dem vorgeworfen wurde, er wolle Kapitalisten vor der Enteignung retten.“¹¹⁰

Das Jahr 1948 blieb der Familie von Hermann Schulze sehr nachdrücklich in Erinnerung. Die Tochter erinnerte sich 2011, dass ihr Vater damals von der Besatzungsmacht inhaftiert und im Keller der Kommandantur gefangen gehalten wurde. In seinem Besitz befand sich zum Glück das schriftliche Zeugnis eines sowjetischen Offiziers, der die solidarischen Handlungen gegenüber den Gefangenen vor 1945 bestätigte. Als junges Mädchen brachte sie dieses Dokument klopfenden Herzens zur Kommandantur. Offensichtlich bewirkte dieses Zeugnis die spätere Freilassung.

Die Auseinandersetzungen in der Partei wurden ein Wesensmerkmal der folgenden Jahre und durch den Kalten Krieg verschärft. So verhaftete man im Mai 1949 Arno Groß, von 1933 bis 1945 führendes Mitglied der

illegalen Widerstandsgruppe um Herbert Frister, und schloss ihn aus der Partei aus. Vorgeworfen wurde ihm die Verbindungsaufnahme zum Ostbüro der SPD in Westberlin. Arno Groß verstarb während der Haft in Bautzen.¹¹¹ Auch für Hermann Schulze gingen die Auseinandersetzungen weiter. 1949 erhielt er eine strenge Rüge und ein Jahr Funktionsverbot. Angelastet wurde ihm parteifeindliches Verhalten in der Landeswohnungscommission, in der sich auch bürgerliche Vertreter befanden.¹¹²

Die politische Situation entschärfte sich in Gera nicht. Die Wahlen zum 3. Volkskongress 1949 stellten für die SED in Gera eine Niederlage dar. Mit 49,74 % Ja Stimmen lag das Ergebnis weit unter dem des Landes Thüringen.¹¹³ Arthur Schöneburg, Kreissekretär der Partei, wurde abgelöst. An seine Stelle wurde Fritz Schwager aus Nordhausen beordert. Dieser war vor 1945 Mitglied der SPÖ gewesen und kam ins KZ Dora. Am 24. September 1949 wurde er in Gera zum 1. Kreissekretär gewählt.¹¹⁴ Neben Arthur Schöneburg wurde 1949 auch Fritz Gießner, Bürgermeister der ersten Stunde in Gera, zuletzt Landrat im Kreis Gera Land mit einer Parteistrafe bedacht und nach Nordhausen als Landrat versetzt. Fritz Schulze, ehemaliges Mitglied der KPD(O), Kreisvorsitzender des FDGB, entband man von seiner Funktion.

Mit der Parteiüberprüfung vollzog sich in Gera ein Generalangriff auf sozialdemokratisches Gedankengut und die Abrechnung mit der alten kommunistischen Opposition. Hermann Schulze, der 1950 ausgeschlossen wurde, wurde zum Sinnbild des Parteifeindes gemacht.¹¹⁵ Aus Protest trat Martha Schulze aus der Partei aus. Hermann Schulze erkrankte. Die Aberkennung des Status „Opfer des Faschismus“ führte zum Verlust der Ehrenrente, die er nach einiger Zeit und aufgrund seines Protestes 1953 wiedererlangte.

Als Fritz Schwager am 16. Dezember 1950 mit einem Referat auf der Kreisparteiaktivtagung den Startschuss für die Parteiüberprüfung gab, hatten sich Inhalt und Tonart der Äußerungen gegenüber der Mitgliedschaft im Vergleich zu 1948 schon grundlegend geändert. Spielte Demokratie in der Partei schon zuvor keine große Rolle, so ging es jetzt nur noch um eine einheitliche Kampforganisation, um Disziplin, um die Einheit des Willens, Einheit des Handelns, die unvereinbar sind mit Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, mit der Beteiligung an fraktionellen Gruppierungen.

Mit den problematischen Fragen der Parteiengeschichte versuchte der Referent „differenziert“ umzugehen. Die KPD wurde kurz und bündig

mit dem Satz entlastet: „... man muß erkennen, auch die kommunistische Partei hat vor 1933 verschiedene Fehler gemacht, (...) auf ihrer Brüsseler Konferenz 1933 (...) [hat sie] (...) die daraus notwendigen Lehren gezogen.“ Moderat klang auch: „Die SPD hat erst nach 1945 unter Führung des Genossen Otto Grotewohl zu den Fehlern der Vergangenheit Stellung genommen und die daraus notwendigen Lehren gezogen.“

Der Parteiorganisation stellte der Referent die Aufgabe, mit den „alten, stehengebliebenen Genossen von KPD und SPD“ eingehend zu diskutieren. Das zielte auf das kritische Potential, das sich viele der Mitglieder aus der Zeit vor 1933 erhalten hatten. Strikt wurde die „Tinzer Schule“ verurteilt, denn vor allem deren Anhänger und die des Prof. Otto Jensen hätten „zur Vertiefung der Spaltung Arbeiterbewegung in Deutschland“ beigetragen. Die Arbeiter wären dadurch abgehalten worden, sich der KPD zuzuwenden und den Kampf um die politische Macht zu führen. Schwager beklagte, dass ein großer Teil der Genossen, einschließlich des Genossen Jensen, bis zum heutigen „die verheerende und verräterische Rolle der Tinzer Schule“ nicht erkannt hätten. Die Hauptgefahr sah Schwager, ganz im Sinne der Direktiven zur Parteiüberprüfung, in den „früheren Splittergruppen“ KPD(O) und SAP, die er als Agentenzentralen bezeichnete. Deren Mitglieder sollten „kritisch und selbstkritisch zu ihren Fehlern Stellung nehmen.“ Mehrmals hätten sich die Genossen des Kreises Gera in der Vergangenheit von dem „Parteifeind und Funktionär der KPD(O)“, dem „Agenten“ Hermann Schulze täuschen lassen. Dieser hätte die Partei in Gera gespalten und an der Spitze der Spaltergruppe gestanden. Als die Arbeiterklasse diese Politik erkannt hätte, habe Schulze den Weg in die SPD gefunden und sich nach 1945 gegen die Vereinigung von KPD und SPD gewandt. Alle Genossen, die bisher an Diskussionen über Hermann Schulze beteiligt waren, hätten, der Partei nicht geholfen haben, Klarheit zu schaffen.¹¹⁶

Die gesamte Problematik wurde bei der Überprüfung des 1. Kreissekretärs Karl Finken Anfang 1951 nochmals deutlich gemacht. (Karl Finken übernahm diese Funktion nach Fritz Schwager, der nach Erfurt versetzt wurde). Nach den Problemen befragt, erklärte Finken: „1. Stärkere Zahl von Mitgliedern der früheren KPD(O) ... 2. Überwindung der Tradition der Tinzer Schule 3. Kampf gegen den Sozialdemokratismus“, und erläuterte das wie folgt: „Einzelne von ihnen haben positiv Stellung genommen. In der Hauptsache ist es sehr schwer, sie zum Sprechen zu bringen. Häufig sagen sie, ihr jungen Genossen könnt das gar nicht beur-

teilen, ihr wisst ja gar nicht, was damals los war. Manchmal hört man auch die Meinung, dass Genossen, die eine Antifa-Schule besucht haben, so täten, als wären sie allwissend. Ein Teil von ihnen gibt zu, dass sie das Vertrauen verloren hatten und damals geglaubt hätten, sie gingen den richtigen Weg. Ein ganz hartnäckiger KPO-Mann sagte: ‚Mit Marx sind wir einverstanden, ... aber wir sind nicht damit einverstanden, dass man den Lenin in den Himmel hebt.‘ Diesen haben wir ausgeschlossen. In Trebnitz haben wir auch einen hartnäckigen KPO-Mann ausgeschlossen. Nach seinem Ausschluss stellten wir fest, dass er 10 Genossen beeinflusst hatte, sich nicht überprüfen zu lassen. Als wir den Ausschluss bekanntgegeben haben, gab es zunächst ziemlich Krach, doch nach Diskussionen stellte sich dann die betreffende Parteiorganisation auf den Standpunkt ‚wir sind froh, dass wir den Meckerer endlich los sind.‘ Wie treten die Traditionen aus der Tinzer-Schule auf? Sie sind nicht so gefährlich wie die KPO. Wir haben auch darüber Diskussionen gehabt und einige alte Tinzer sagen, wir geben zu, dass man in Tinz den Marxismus-Leninismus nicht gelehrt hat, aber jetzt sind wir zu alt um es nachzuholen.“¹¹⁷

Waren sich die linken Kräfte im Wesentlichen einig, dass eine sozialistische Gesellschaftsordnung anzustreben war, so gab es doch unterschiedliche Auffassungen über die Wege und Inhalte. Vorherrschend war wohl bei vielen jungen und neuen Mitgliedern der SED ein ungenaues und verschwommenes Bild. Demgegenüber besaß die Gruppe der alten Genossen um Walter Ulbricht den „Vorteil“, einen Plan vorzuweisen, der die Erfahrungen der KPdSU zur Grundlage hatte. Die Partei als wichtigstes Instrument sollte ein monolithischer Block sein und einheitlich handeln bis in die letzte Basisgruppe. Die Doktrin vom demokratischen Zentralismus, die in der Theorie zwar die Kritik von der Basis forderte, brachte in der Praxis aber nur die Herrschaft der Zentrale zustande.¹¹⁸

Mit diesen Vorstellungen befand sich Hermann Schulze spätestens seit 1929 im Widerspruch. Um freie Diskussion und Kritik sowie die Darlegung der eigenen Meinung hatte er jahrelang gestritten.

Schulzes Auftreten hatte ihm neben der Ablehnung durch seine Gegner schon immer auch Anerkennung, Autorität und Einfluss verschafft. Mit seinem Redetalent und seiner oft drastischen Ausdrucksweise konnte er offensichtlich ein sehr unangenehmer Kontrahent im Streit sein, und strittige Fragen gab es viele: Wie war das, was knapp war, gerecht

zu verteilen? Wie sollte man mit persönlichen Interessen umgehen, die mit dem Allgemeininteresse kollidieren?



Hermann Schulze war begeisterter Sportler. Die Geraer Handballer wurden 1949 Thüringer Meister und spielten in Magdeburg. Hermann Schulze beim Überreichen eines Erinnerungsgeschenks.

Quelle: Hans Begale (privat)

Unbequem, aufmüpfig (und schlimmer) musste Hermann Schulze in den Augen alter und neuer Gegner erscheinen. Das wird auch an dem von Theodor Bergmann zitierten provokanten Ausspruch zur Oder-Neisse-Grenze deutlich: „Wenn das Ruhrgebiet das Herz Deutschlands ist, dann ist auch Oberschlesien nicht der Arsch der Welt.“¹⁹

Ab 1950 brachten die politischen Weichenstellungen Schulze vollends ins Abseits. Unter den damaligen Bedingungen war es wohl auch problematisch, ein passendes Arbeitsverhältnis für den gesundheitlich angeschlagenen Mann zu finden. 1947 arbeitete Hermann als Anzeigenwerber für eine Zeitung seines Bruders Eugen. 1948 nahm er eine Tätigkeit bei der Fa. Wandel, Färberei und Wäscherei, als Geschäftsführer auf.

Als 1952 die Führung der SED auf die Krise zusteuerte und private Firmen durch erhöhte Steuern unter Druck setzte, wurde sein Name er-

wähnt und die Schließung des Betriebes erwogen. Für die Versorgung der sowjetischen Garnison war die Wäscherei kein unwichtiger Faktor. Der Stadtverwaltung wurde als Alternative vorgeschlagen, die Stadt möge die Wäscherei und damit die Dienstleistungen für die Garnison übernehmen. Diese pfiffige Idee entsprach den bekannten Verhaltensweisen des Geschäftsführers Hermann Schulze und setzte die Stadtverwaltung unter Druck. Die Entwicklungen um den 17. Juni 1953 herum machten den Vorschlag jedoch gegenstandslos: Wie andere Verfügungen wurde auch die über Steuererhöhung zurückgenommen.

1959 erkrankte Schulze und beendete seine Tätigkeit bei Wandel. Die Erkrankung zog sich wahrscheinlich länger hin, denn erst für 1961 wird vermerkt, dass er eine Halbtagsarbeit als Schlosser im Röntgenbau Gera aufgenommen hatte.

Der eingangs erwähnte Brief mit der Bitte um Zuerkennung der Medaillen fällt zeitlich mit seiner Erkrankung zusammen. Vorherige offensive Bemühungen um seine Rehabilitierung sind nicht bekannt und mit Hinsicht auf die politische Lage auch unwahrscheinlich.

Inzwischen hatten jedoch, angestoßen durch den XX. Parteitag der KPdSU, Prozesse begonnen, die die kommunistische Weltbewegung erschütterten. Die westeuropäischen Kommunisten lösten sich vom Stalinismus. Im sozialistischen Staatenbund wurden die aufgeworfenen Fragen halbherzig von den etablierten Führungen korrigiert bzw. gewaltsam unterdrückt. In stillschweigender Art wurden in der DDR bestimmte gemäßregelte Funktionäre wieder mit leitenden Funktionen betraut.

So wurde z.B. Schulzes alter Kampfgefährte Fritz Gießner, einst entbunden von der Tätigkeit als Landrat in Nordhausen und auf drittrangige Stellen abgeschoben, nun als Bürgermeister in Nordhausen eingesetzt.

Diese Vorgänge müssen Hermann Schulze tief berührt haben und gaben den Anstoß für sein offensives Auftreten. Er nahm kein einziges Wort zurück und beharrte auf seinen Entscheidungen.

Geschickt argumentierte er: „Ich gehörte zu denen, die Stalins Parole – raus aus den Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeitersportorganisationen [–] für falsch hielten.“ Dabei blieb offen, wie er aktuell (nach 1961) darüber dachte. Gleichzeitig verwies er auf seine jahrelange Mitarbeit in der Nationalen Front, „... wo ich zugelassen wurde ...“ und schrieb weiter: „Hätte man mich angehört (meine Rechte als Mitglied hat man beschnitten) wäre es nicht zum Ausschluss gekommen.“¹²⁰

Wer hätte die beklagten Diskriminierungen und Verleumdungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU abstreiten können? Ein offizielles Eingeständnis der begangenen Ungerechtigkeiten, wie es die Verleihung der Medaillen gewesen wäre, wurde allerdings vermieden. So zog sich der Kampf um die Rehabilitierung jahrelang hin. Der nach 1961 verfasste Lebenslauf wurde offensichtlich im Zusammenhang mit diesem Streit geschrieben.

Nach kurzen Notizen über Zurückstellungen 1966 und 1967 wurde am 28. Juli 1967 endlich vermerkt, dass der Rat des Bezirkes den Antrag zur Auszeichnung in Berlin eingereicht habe und nunmehr die Entscheidung durch zuständige Stellen in Berlin getroffen würde.¹²¹

Am 11. September 1967 jedoch starb Hermann Schulze. Die Akten schließen mit dem Vermerk, dass seine Ehefrau Martha am 1. Oktober 1967 als Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes anerkannt wurde.

Epilog

Was soll im Jahr 2013 die Biographie eines Kommunisten des vergangenen Jahrhunderts, dessen Wirken sich auf eine Provinzstadt und ein Ländchen konzentrierte, bewirken?

Mit den Auswirkungen der Kämpfe des 20. Jahrhunderts haben wir noch immer zu tun. Alte Probleme sind nicht gelöst, neue, größere sind hinzugekommen. Die alte Arbeiterbewegung existiert nicht mehr, und die Idee einer sozialistischen, humanistischen Gesellschaft hat eine vernichtende Niederlage zu registrieren. Bisherige Ansichten sind zu überprüfen, Versäumnisse einzugestehen, neue Bedingungen zu analysieren und Erfahrungen produktiv zu machen.

Das Leben Hermann Schulzes ist kaum als Erfolgsgeschichte anzupreisen, aber es macht nicht mutlos. Im Gegenteil: Es stärkt, nötigt Achtung und Anerkennung ab und ist in diesem Sinne nach Meinung des Verfassers für linke Mitstreiter lehr- und hilfreich.

Je mehr sich der Berichterstatter in die toten Akten vertiefte, umso lebendiger wurde der jugendliche Feuerkopf, der sich gegen den Krieg engagierte, der Mann mit dem ungestümen Auftreten, der seine Anhän-

ger begeisterte, seine Gegner abstieß und – aus heutiger Sicht – manchmal nicht richtig reagierte.

Alles andere als ein Theoretiker, focht er mit allen Sinnen für seine Überzeugung und Hoffnung. Dabei blieb er einsichtig und wandlungsfähig, ohne jedoch den Mantel nach dem Wind zu hängen. Das alles bot Angriffsflächen und wird heute mit dem Wort „umstritten“ gekennzeichnet.

Viele Fragen über sein Leben müssen offen bleiben und lassen Raum für freie Interpretation. Es gibt nur noch wenige Zeitzeugen, die ihn aus den letzten Jahren seines Lebens kannten. Manche Erinnerungen sind bereits durch Erzählungen der Väter geprägt. Werner Keppel, Sohn von Max Keppel, berichtete, dass Hermann Schulze wie viele alte Kommunisten voll von „Begebenheiten“ – „Husarenstücken“, wenn man so will – steckte. So soll er einmal Unterlagen an sich gebracht und an Max Keppel mit der Maßgabe überreicht haben, damit sofort Weimar zu verlassen. Im Ergebnis habe die Gegenseite im Landtag keine Beweise vorlegen können. Hans Leucht erinnert sich an Erzählungen, nach denen Schulze in einer Gerichtsverhandlung ein Schriftstück verschluckt haben soll. Familie Axmann erzählt von dem liebevollen Vater und geselligen, lebensfrohen Menschen, der in der Lage war, seine Umgebung zu unterhalten, selbst einen ganzen Saal, in dem er das Tanzbein schwang.

Was ist Legende, was ist Realität?

Hermann Schulze soll, so erzählte sein Schwiegersohn, oft davon gesprochen haben, dass man „Politik mit dem Herzen machen“ müsse. Sein eigener Weg vom sozialdemokratischen Rebellen zum Kommunisten und rebellischen Sozialisten steht beispielhaft für dieses Politikverständnis.

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ASR	Arbeiter- und Soldatenrat
BL	Bezirksleitung
DPD	Demokratische Partei Deutschlands
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD(O)	Kommunistische Partei Deutschlands Opposition
KPO	Kommunistische Partei Deutschlands Opposition
RA	Rechtsanwalt
RFB	Roter Frontkämpferbund
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
Stahlhelm	Bund der Frontsoldaten
UBL	Unterbezirksleitung
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKAPD	Vereinigte Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
VSPD	Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdN	Verfolgte des Naziregimes
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
ZK	Zentralkomitee

Danksagung

Ich danke allen, von denen ich Hinweise, Hilfestellungen und Unterstützung in verschiedenster Form erhielt.

Mein besonderer Dank gilt:

Ingeborg Axmann

Fritz Axmann (†)

Erna Beran

Jutta Bergholz

Dr. Vera Haney

Hans Leucht

Ute Lukasch

Thomas Müller

Ilse Teubner (†)

Udo Wohlfeld

Landes-AG Geschichte in der Partei DIE LINKE Thüringen

AG Geschichte in der Partei DIE LINKE Gera

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Gera

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen

VdN Gera

Jugendbibliothek e.V. Gera

Thüringer Hauptstaatsarchiv Weimar

Thüringer Staatsarchiv Greiz

Thüringer Staatsarchiv Rudolstadt

Stadtarchiv Gera

Stadtmuseum Gera

Walter Hande, Februar 2013

Anmerkungen

- 1 Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt (weiter nur noch: ThStA Rudolstadt), Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Nr. 7749
- 2 Alle Untertitel zu den Kapitelüberschriften aus dem Lebenslauf Hermann Schulzes, ThStA Rudolstadt, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Nr. 7749 (weiter nur noch: Lebenslauf)
- 3 Festschrift 125 Jahre SPD Gera (weiter nur noch: Festschrift SPD). SPD-Kreisverband Gera, 1994, S. 3
- 4 Helmut Seidel: Beitrag zur Heimatgeschichte in Gera. Rat der Stadt Gera, Stadtarchiv 1957
- 5 Festschrift SPD, S. 14
- 6 Lebenslauf
- 7 Ebenda
- 8 Ebenda
- 9 Franz Lenzner/Fritz Maskos: Zur Geschichte der Geraer Arbeiterbewegung 1830-1919 (Manuskript). Stadtarchiv Gera, III/F 36/9
- 10 Hans Goldammer/Rudi Scheffel: „Im Kampf sind wir geboren ...“ Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands in Gera 1916-1923 (weiter nur noch: KPD Gera Bd. 1). Kreisleitung Gera-Stadt d. SED, 1978, S. 9f.
- 11 Ebenda
- 12 Lebenslauf
- 13 KPD Gera Bd. 1, S. 12
- 14 Ebenda
- 15 Lebenslauf
- 16 Siehe auch: Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln-Weimar-Wien 2011 (weiter nur noch: Sonderweg)
- 17 Sonderweg, S. 144. Vom 6. bis zum 8. April 1917 fanden sich in Gotha die Vertreter oppositioneller Kräfte in der SPD zusammen und gründeten die USPD im Reich. Von 13 Kreisorganisationen in Thüringen traten fünf geschlossen (darunter Reuß ä.L. und j.L.) und drei mehrheitlich zur neuen Partei über.
- 18 KPD Gera Bd. 1, S. 18, 25
- 19 Lebenslauf
- 20 ThStA Rudolstadt, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Nr. 7749. H. Sch. im Schreiben vom 12. Oktober 1959 „... organisierte ich den Demonstrationzug von einigen 100 Soldaten ...“
- 21 Siehe auch Hans Leucht: März 1920. Die Arbeiter des Volksstaates Reuß verteidigten die Demokratie gegen die Putschisten. AG Geschichte bei der PDS Gera, 2000
- 22 KPD Gera Bd. 1, S. 30f.

- 23 Nach Aussagen der Tochter von Hermann Schulze, Bericht vom 29.07.2011 im Besitz des Verfassers. Sowohl Eugen wie Richard waren Mitglieder der KPD.
- 24 Literarisch gestaltete diese Ereignisse Erich Knauf in: „Ça ira!“ Reportage-Roman aus dem Kapp-Putsch. Berlin 1931
- 25 Lebenslauf
- 26 Sonderweg, S. 174-177
- 27 Thüringisches Staatsarchiv Greiz (weiter nur noch: ThStA Greiz), Heimvolkshochschule Tinz Nr. 107, 2. Kurs. Hermann Schulze bewarb sich 1920 und wurde für den Kurs 1921 vorgesehen.
- 28 KPD Gera Bd. 1, S. 25
- 29 Ebenda, S. 48
- 30 Ebenda, S. 51
- 31 Vgl. Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus – Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit (weiter nur noch: Kinner: Der deutsche Kommunismus). Berlin 1999, S. 33-50
- 32 KPD Gera, S. 54, „Geraer Zeitung“ vom 2. September 1921
- 33 Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Band 3. Von 1917 bis 1923. Berlin 1966, S. 358
- 34 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (weiter nur noch: ThHStA Weimar), Sitzungen des Thüringer Landtages, III. Landtag, Bd. I, 39. Sitzung 2. Juni 1924, Hermann Brill, Große Anfrage
- 35 Die aktuellen Probleme wurden durch nicht zu beseitigende Notstände aus dem Krieg verschärft: 12.000 Schwerkriegsgeschädigte und Hinterbliebene (davon 90 Kriegsblinde), 1.200 Schwerstkriegsgeschädigte, 6.300 Kriegerwitwen, 1.500 Waisen, 2.600 Eltern von Gefallenen, 310 sonstige. (ThHStA Weimar, Landtag, Nr. 438)
- 36 ThStA Greiz, Thüringer Kreisamt Nr. 477
- 37 Ebenda
- 38 „Geraer Zeitung“ vom 26. April 1923
- 39 Als Verursacher werden die Jugendgenossen Walter Böhme, Herbert Bock, Kurt Trommler genannt. (KPD Gera S. 68) H. Schulze dazu im Lebenslauf: „... war ich angeklagt wegen Anmalen des Kaiser Wilhelm Denkmals.“ – Man kann davon ausgehen, dass es eine Gemeinschaftsaktion war.
- 40 Lebenslauf
- 41 Jürgen John (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens. Band 3: 1918-1945. Erfurt 1996, S. 116f. Zitiert nach Manfred Weißbecker (Hg.): Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute, Jena 2004
- 42 ThHStA Weimar, Stenographische Berichte des III. Landtages von Thüringen, Bd. I, S. 29
- 43 ThHStA Weimar, Stenographische Berichte des III. Landtages von Thüringen, Bd. I, S. 2-29, 39-45
- 44 ThHStA Weimar, Stenographische Berichte des III. Landtages, Bd. III, S. 2476ff.

- 45 ThStA Greiz, Akte Thüringer Amtsgericht, Nr. 170a
46 Ebenda
47 „Ostthüringer Tribüne“ vom 9. Februar 1927
48 Ebenda, 24. Februar 1927
49 ThHStA Weimar, Landtag Thüringen, Nr. 37, S. 122-124
50 ThHStA Weimar, Stenographische Berichte des IV. Landtages, Bd. I, S. 254
51 ThHStA Weimar, Stenographische Berichte des III. Landtages, Bd. III, S. 2348
52 Lebenslauf
53 Kurt Finker: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin 1981, S. 17
54 ThHStA Weimar, Thüringer Ministerium des Inneren/PNr. 319, Bl. 15/35, 221, 261, 262
55 Stadtarchiv Gera, III/B 13559, Bl. 283/285
56 Hans Goldammer/Rudi Scheffel: „Im Kampf sind wir erstarkt“. Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands in Gera 1923 - 1933 (weiter nur noch: KPD Gera Bd. 2). Kreisleitung Gera-Stadt d. SED, 1980, S. 73ff.
57 Festschrift SPD, S. 33
58 KPD Gera Bd. 2, S. 66
59 Festschrift SPD, S. 36
60 Stadtarchiv Gera, Stadtrat B II/III B 1, 13560/Bl. 77-113
61 Elke Reuter/Wladislaw Hedeler/Horst Helas/Klaus Kinner (Hg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation (weiter nur noch: Luxemburg oder Stalin). Berlin 2009, Dok. 041 6`ROM
62 Ebenda, Dok. 031, S. 56
63 Ebenda, Dok. 036, S. 57
64 Kinner: Der deutsche Kommunismus, S. 90-96
65 KPD Gera Bd. 2, S. 44
66 Luxemburg oder Stalin, Dok. 100, S. 104
67 Zeitschrift „Gegen den Strom“, Organ der KPD (Opposition), Edition SOAK im Junius Verlag (weiter nur noch: GdS), Heft 9/1929
68 Beachtenswert ist, dass Pfaff 1931/32 ins Lager der Kritiker der Parteiführung wechselte. Er wandte sich gegen die ultralinke Politik. 1945 trennte er sich von der KPD, nahm aber am Vereinigungsparteitag in Gotha teil. Bereits im Juni 1946 wurde er wieder aus der SED ausgeschlossen. Dazu auch: Mario Hesselbarth/Eberhardt Schulz/Manfred Weißbecker (Hg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen. Jena 2006, S. 320-330
69 GdS, Heft 11/1929
70 Ebenda, Heft 5/1929
71 Ebenda, Heft 7/1929
72 Ebenda, Heft 44/1929
73 Zeitung „Arbeiterpolitik“, Nr. 143, 22. Juni 1930, Ausgabe B, Stadtarchiv Gera
74 Festschrift SPD, S. 34

- 75 GdS, Heft 32/1930
- 76 KPD Gera Bd. 2, S. 58
- 77 Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD (Opposition). Hamburg 2001 (weiter nur noch: Bergmann), S. 170/174/179/581/586
- 78 KPD Gera Bd. 2, S. 99
- 79 Festschrift SPD, S. 32-33
- 80 Ebenda
- 81 „Ostthüringer Tribüne“ vom 22. September 1932 zur Versammlung am 21. September 1932
- 82 „Geraer Beobachter“ vom 7. Oktober 1933
- 83 Laut Lebenslauf Hermann Schulze. Die genauen Zeiten sind nicht bekannt. Die Angaben über Urteile, Haftantritte, kurzfristige Festnahmen werden offensichtlich aus der Erinnerung berichtet.
- 84 „Geraer Beobachter“ vom 1. Juli 1933
- 85 „Geraer Beobachter“ vom 5. Oktober 1933
- 86 „Geraer Beobachter“ vom 6. Oktober 1933
- 87 „Geraer Beobachter“ vom 5. Oktober 1933
- 88 ThStA Rudolstadt, Rat des Bezirkes, Nr. 7749. 1946 datiert Schulze die Zugehörigkeit zur KPD(O) bis 1932, 1947 verweist er ausschließlich auf Bürgen aus der SPD.
- 89 Bergmann, S. 186, 187
- 90 Manuskript Frister, Stadtarchiv Gera, III/F 36, 5 a-c (weiter nur noch: Frister), S. 35, 67
- 91 Ebenda, S. 127, 129
- 92 Ebenda, S. 175-178
- 93 „Geraer Beobachter“ vom 1. Juli 1933
- 94 „Geraer Beobachter“ vom 5. Oktober 1933
- 95 Niederschrift Max Keppel, Stadtarchiv Gera, III/F 36/142
- 96 Ebenda
- 97 Vgl. Udo Wohlfeld/Falk Burkhardt: das Netz. Die Konzentrationslager in Thüringen 1933-1937, Eine Dokumentation zu den Lagern Nohra, Bad Sulza und Buchenwald. Weimar 2000
- 98 Frister, S. 41/43
- 99 Lebenslauf
- 100 Ebenda. Die Tochter erinnert sich: Sie hatte als Kind Akkordeon spielen gelernt, und ihr Vater organisierte ihre Fahrt nach Tambach-Dietharz zu einer Weihnachtsfeier der Kriegsgefangenen, die in einer Gastwirtschaft untergebracht waren. Sie übernahm den musikalischen Teil der Feier, und ihr Vater hielt eine Ansprache. Sie hat diesen Tag als eine schöne Weihnachtsfeier in Erinnerung. (Niederschrift der Unterredung am 29. Juli 2011 beim Verfasser.)

- Am 14. und 22. Juli 1946 bestätigte Arno Voigt, der damalige Bürgermeister von Langewiesen, die Haltung von Hermann Schulze sowie das Vertrauensverhältnis zu den Kriegsgefangenen. (Thüringer Staatsarchiv Rudolstadt, Bezirkstag 7749.)
- 101 Lebenslauf
- 102 Walter Böhme, Familie Butnik, Fritz Blumentritt, Fritz Roth, Erich Rudolph, Willy Schneider gehörten dazu. Siehe: Karl-Heinz Petzke: Antifaschistischer Aufbruch und Neubeginn in Gera 1945-1946 (weiter nur noch: Petzke I.), AG Geschichte der PDS Gera 1996, S. 3
- 103 Fritz Gießner, Hans Goldammer, Fritz Roth, Erich Rudolph, Walter Schack, Willy Schneider, Fritz Schulze, Max Weise u.a. bildeten ein erstes Komitee. Vgl. Petzke I, S. 5
- 104 Petzke I, S. 9-11
- 105 1. Stadtratssitzung im Rathaussaal zu Gera, Rede des Herrn Oberbürgermeisters, Dr. Rudolph Paul am 18. Mai 1945. Stadtarchiv Gera, III/349
- 106 Bericht zum Gespräch mit Frau und Herrn Axmann, Niederschrift beim Verfasser
- 107 Karl-Heinz Petzke: Mit- und Gegeneinander: Zur antifaschistischen Blockpolitik der SED in Gera 1947-1949 (weiter nur noch: Petzke II), Gera: Stadtvorstand Gera der PDS, 1999, S. 20
- 108 Resolution der SED-Kreisdelegiertenkonferenz Gera vom 14. November 1948, Kopie im Besitz des Verfassers
- 109 Beachtenswert ist, dass sich Arthur Schöneburg 1948 gegen Polizeimethoden in der Partei wandte. Siehe: Sonderweg, S. 479-480
- 110 Petzke II, S. 35
- 111 Petzke II, S. 35 und Sonderweg, S. 489-494
- 112 ThStA Rudolstadt IV/4/160, Notiz auf einer Liste
- 113 Petzke II, S. 49
- 114 Sonderweg, S. 565
- 115 Zum Parteiausschluss gibt es in den Archiven lediglich Notizen ohne konkreten Inhalt.
- 116 Manuskript der Rede von Fritz Schwager. Kopie im Besitz des Verfassers.
- 117 Gesprächsnotiz, Privatarchiv Karl Finken. Kopie im Besitz des Verfassers
- 118 Laut Eberhart Schulz verlor die SED in Thüringen von Anfang 1948 bis Ende 1951 41.630 Mitglieder (15,7 % des Bestandes). Vgl. Eberhart Schulz: Abkehr von innerparteilicher Demokratie. Die Formierung der SED zur „Partei neuen Typus“ in Thüringen 1948 bis 1951. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, Schriftenreihe Heft 32, Jena 1998, S. 87
- 119 Bergmann, S. 532
- 120 Lebenslauf
- 121 ThStA Rudolstadt, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Gera, Nr. 7749

